Nummer 43. Hannover, 23. Oktober 1909. 18. Jahrg.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 ℳ Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3gespaltene Kolonel-Zeile 50 ₰ Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluß: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Münzstraße 5, 3. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Weshalb die Arbeiter gegen die Halbierung der Krankenkassen-Beiträge sind.

Bekanntlich zahlen die Arbeiter gegenwärtig zwei Drittel und die Arbeitgeber ein Drittel der Krankenkassenbeiträge. Dementsprechend ist auch der Vorstand, welcher die Geschäfte der Kasse zu leiten hat, zusammengesetzt; zu zwei Dritteln besteht er aus Arbeitern und zu einem Drittel aus Arbeitgebern. Der Vorsitzende wird einfach aus der Mitte der Vorstandsmitglieder gewählt, so daß häufig ein Arbeiter oder Handwerker Vorsitzender ist. Das soll in Zukunft anders werden. Zunächst beabsichtigte die Regierung zwar, bei der Reform des Krankenversicherungsgesetzes die Arbeitgeber mit der vollen Hälfte der Beiträge heranzuziehen, ihnen aber nur das bisherige Drittel-Stimmrecht zu geben, kam aber damit bei dem Unternehmertum schön an. Sie ist daher von diesem Gedanken „abgekommen". Sie beabsichtigt jetzt zwar auch noch die Halbierung der Kassenbeiträge, will aber dafür die Sitze im Kassenvorstand auch zur Hälfte verteilen und für die Wahl des Vorsitzenden derartig rigorose Bestimmungen treffen, daß es wohl als selbstverständlich anzusehen ist, daß überall da, wo moderne Arbeiter zur vollen Hälfte Einfluß auf den Kassenvorstand haben, die Aufsichtsbehörde einen Vorsitzenden aus den Reihen der Arbeitgeber ernennt. Sie kann aber auch irgendeinen ihrer Beamten mit diesem Amte betrauen, so daß in vielen Fällen die Verwaltung der Kassen aus den Händen der Arbeiter in die der Arbeitgeber oder der Bureaukratie übergehen soll. Haben die Arbeiter jetzt schon nichts oder fast gar nichts bei der Durchführung der Unfall- und Invalidenversicherung zu sagen, so sollen sie in Zukunft auch bei der Krankenversicherung nicht mehr mitreden. Man schämt sich also wirklich nicht, den Arbeitern den einzigen Einfluß, den diese auf eine öffentlich-rechtliche Körperschaft gehabt haben, zu entreißen. Dabei sagte Bülow 1907, nachdem die Sozialdemokratie „niedergeritten" war, daß „nun erst recht" die Sozialpolitik gefördert werden solle.

Bei der Eröffnung des Reichstags in diesem Jahre soll möglichst sofort mit der Beratung der Reichsversicherungsordnung begonnen werden. Da ist es denn an der Zeit, zu prüfen, ob es für die Arbeiter vorteilhafter ist, die Hälfte der Beiträge zu zahlen und dafür die paritätische Zusammensetzung des Kassenvorstandes mit in den Kauf zu nehmen. Im „Zentralblatt für Arbeiterversicherung" hat unlängst ein Freund des Unternehmertums, Stadtrat v. Frankenberg (Braunschweig) das Wort ergriffen, um den sich gegen die Halbierung der Beiträge sträubenden Arbeitgebern zu zeigen, wie sie dabei in Zukunft gar nicht schlechter fahren werden, wie sie sehr leicht ihre Macht dazu benutzen können, um auf die Leistungen der Krankenkassen zu drücken, um so ihre Taschen zu schützen usw. Man liest aus dem Artikel deutlich heraus, daß man den Arbeitern den Raub des Selbstverwaltungsrechts durch die Halbierung der Beiträge nur verzuckern will; die Arbeitgeber können es schließlich so einrichten, daß sie doch nicht mehr zahlen als jetzt.

Herr von Frankenberg ist ein bekannter Sozialpolitiker. Er war auch im Oktober 1908 von der Regierung zu der Konferenz über die Reform der Arbeiterversicherung als „unparteiischer" Beisitzer geladen. Seine jetzigen Ausführungen dürfen daher nicht unwidersprochen bleiben. Gerade an Hand seines Artikels kann man den Arbeitern sehr schön zeigen, wohin der Kurs gehen soll.

Zunächst soll das Uebergewicht der Arbeiter in den Vorständen radikal beseitigt werden. Er will den Spieß umkehren und die Arbeitgeber und die Bureaukratie herrschen lassen. Anlaß dazu soll der „sozialdemokratische Mißbrauch" bieten, der bisher angeblich in den Krankenkassen betrieben, von v. Frankenberg aber nicht durch eine Zeile bewiesen wird. Unsern Lesern brauchen wir die Haltlosigkeit dieser Verdächtigungen nicht erst nachzuweisen; sie wissen ebensogut wie wir, daß es sich bei diesen Verleumdungen nur um systematische Hetze handelt, ausgestreut zu dem Zweck, das bisherige Selbstverwaltungsrecht beseitigen zu können.

Gewisse Kreise scheinen nur einen „sozialdemokratischen" Mißbrauch zu kennen, obwohl über andern Mißbrauch auch schon manches geschrieben worden ist. Wir erinnern nur daran, daß eine Berliner Innungskrankenkasse ein Jahrzehnt lang von ihrem Kassenboten gleichzeitig mit den Krankenkassenbeiträgen die Innungsbeiträge von ca. 1100 Innungsmitgliedern einkassieren ließ. Was würde wohl die Regierung sagen, wenn die Arbeiter es bei irgendeiner Kasse durchsetzen würden, daß der Kassenbote auch die Gewerkschaftsbeiträge mit zu kassieren hat? — In Königsberg i. P. läßt die dortige Bauinnungskrankenkasse von den Kassenangestellten im Bureau dieser Kasse die Geschäfte des Arbeitsnachweises der Arbeitgeber besorgen, wo dann Jahre hindurch die Bauarbeiter zur Mitgliedschaft in den christlichen Gewerkschaften gezwungen wurden. Ein günstiger Zufall spielte uns kürzlich folgendes bezeichnendes Schreiben an den Arbeitsnachweis in die Hände:

Königsberg, i. Pr., den 2. 9. 09.

An den
Arbeitsnachweis,
hier.

Der Zimmergeselle Ernst H. . . . , sowie der Arbeiter Ferdinand Z. . . . sind Trunkenbolde und sollten, um sie von diesem Laster zu befreihen, einige Zeit keine Arbeit erhalten.

Hochachtungsvoll
Artur Kuhn, Maurermeister.

Diese Mitteilung war der für die Innungskrankenkasse bestimmten Abmeldung der Genannten beigefügt. — In Barmen hat eine menschenfreundliche Betriebskrankenkasse bei einem lungentuberkulösen Arbeiter, für den durch Vermittlung des Vereins für Gemeinwohl ein Heilverfahren eingeleitet werden sollte, um „Berücksichtigung", daß der Betreffende „der sozialdemokratischen Partei stark zugetan" sei. — Wir könnten diese Liste des unerhörtesten Mißbrauchs der Krankenkassen noch beliebig verlängern, wollen jedoch für heute davon absehen. Doch möchten wir konstatieren, daß dieser wirkliche Mißbrauch nicht beseitigt, sondern im Gegenteil zum Schaden der Arbeiterschaft noch gefördert werden soll.

Stadtrat v. Frankenberg empfiehlt den Arbeitgebern, auf die Halbierung der Beiträge einzugehen, da ja dann auch ihre Macht im Vorstand überragt. Sie würden dadurch z. B. die Möglichkeit haben, sich für die „Vermeidung unnötiger (!) Belastung der Kasse durch große Ausgaben für Krankheitspflege (!) usw. ins Zeug zu legen". Ueber den Grundsatz: „Mit möglichst geringen Mitteln möglichst geringe Leistungen", sollte man wahrhaftig schon in Deutschland hinaus sein. Die Arbeiter brauchen in Krankheitsfällen ausreichende Fürsorge und haben daher stets gegen die mit niedrigen Beiträgen wirtschaftenden, aber leistungsunfähigen Gemeindekrankenversicherungen mit Recht und schließlich auch mit Erfolg angekämpft.

Ganz sicher soll aber auch die Simulantenjagd energischer betrieben werden. Es gibt nämlich Sozialpolitiker und Arbeiterfreunde, die in jedem Kranken einen Simulanten sehen, Und viele Arbeitgeber sind sofort dabei, Angestellte, die sich krank melden, bei der Krankenkasse als „Simulanten" zu verdächtigen. Wir besitzen hierin langjährige Erfahrung und können nur sagen, daß in der Regel diese Denunziationen völlig unberechtigt waren. Nur in ganz vereinzelten Fällen haben wir gefunden, daß bei den auf Wunsch der Arbeitgeber vorgenommenen Nachuntersuchungen die Vermutung der letzteren von dem Vertrauensarzt mit mehr oder weniger großer Sicherheit bestätigt wurde. Wir sind der Ansicht, daß die Krankenkontrolle und das Vertrauensarztsystem bei den großen Kassen gerade genug ausgebaut ist. Eine noch weitere Verschärfung ist unnötig!

Nun nimmt v. Frankenberg an, daß der Arbeitgeber, wenn er selbst zur vollen Hälfte für die Beiträge aufzukommen hat, „um so eher geneigt sein wird, Verbesserungen in seinem Betriebe, die zur Verhütung von Unfällen und Erkrankungen geeignet sind, einrichten zu lassen und sich dem Rate eines erfahrenen Arztes, dem die Häufigkeit und die wiederkehrende Folge bestimmter Krankheiten innerhalb einzelner Betriebe auffallen muß, nicht auf die Dauer zu verschließen." — In der Theorie hört sich dieser Satz sehr schön an; die Praxis sieht dagegen ganz anders aus. Ebensowenig wie heute irgend ein Kassenarzt mit dem Arbeitgeber zwecks Verhütung von Krankheiten Rücksprache nimmt, wird er es auch in Zukunft tun. Und was die Unfallverhütung anbetrifft, so brauchen wir nur an die ewigen Klagen der Berufsgenossenschaften über die Nachlässigkeit der Unternehmer in der Unfallverhütung zu denken, um zu erkennen, daß hier auch eine geringfügige Mehrbelastung keine Abhilfe schaffen wird. Denn die Unterhaltungskosten der Berufsgenossenschaften müssen die Unternehmer allein aufbringen und werden außerdem noch vielfach wegen Nichtbeachtung der Unfallverhütungsvorschriften in Strafe genommen, in höhere Gefahrenklassen versetzt und eventuell sogar (z. B. bei Aufstellung unvorschriftsmäßiger Maschinen) zur Ersatzleistung herangezogen.

Aber die Arbeitgeber sollen ja gar nicht mehr belastet werden! v. Frankenberg meint, daß der Arbeitgeber auch „alle Veranlassung haben wird, bei der Aufnahme neuer Arbeiter in das Beschäftigungsverhältnis erhöhte Vorsicht anzuwenden, damit sie nicht nach kurzer Mitgliedschaft die Kasse und unmittelbar die Tasche des Arbeitgebers mit erheblichen Aufwendungen für langwierige Erkrankungen belasten, deren Keime schon beim Eintritt in das Dienstverhältnis in ihnen steckten und bei sorgsamer Prüfung durch den Arzt erkennbar gewesen wären." Daß die Halbierung der Krankenkassenbeiträge zu einem derartigen Mißbrauch führen kann und wird, ist ein sehr wichtiges Eingeständnis und man kann v. Frankenberg nur dankbar dafür sein, daß er auf diese Möglichkeit hingewiesen hat. Für die Arbeiter ist dieses Argument aber mit ein entscheidendes gegen die Halbierung der Beiträge. Jetzt sind schon vielfach Familienväter brotlos und jüngere Arbeiter in Arbeit, weil viele Unternehmer, die Betriebskrankenkassen haben, sich in solidarischer Verbindung mit ihrer Kasse die besten Kräfte vom Arbeitsmarkt aussuchen. Wenn die Halbierung der Beiträge ein Anreiz wird, um diese Praxis allgemein einzuführen, dann müssen wir v[illegible]rlich fragen, was dann die von Krankheiten verfolgten oder verunglückten Arbeiter anfangen sollen? Sollen diese am Hungertuche nagen? Die „Reichsversicherungsordnung" sieht nicht einmal eine Erhöhung der Invalidenrente vor. Obige Anregung v. Frankenbergs bietet daher eine schöne Illustration zu dem Kaiserwort von der „gesicherten Existenz der Arbeiter bis ins hohe Alter hinein". Würde diese Anregung einmal durchgeführt, dann wäre die gesamte Krankenversicherung ein Danaergeschenk, welches auch den zurzeit in Beschäftigung stehenden Arbeitern, deren Nutzen sie ja dienen soll, Unheil bringen würde, denn auch sie werden einmal krank und alt.

Der Vorschlag der Regierung, die Beiträge zu halbieren, ist danach für die Arbeiter einfach unannehmbar. Für diese „Reform" lieber gar keine! Gerne sind sie bereit, wie bisher $^2/_3$ der Beiträge zu entrichten, unter keinen Umständen werden sie aber das bisherige Selbstverwaltungsrecht für ein Linsengericht preisgeben.

Rudolf Weck.

Volksvertreter, Schnapsbrenner und Animierwissenschaft.

Die kapitalistische Presse hat den Beschluß des Parteitags der Sozialdemokratie, den Schnaps zu boykottieren, mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen. Die „Deutsche Tageszeitung" macht sich zu ihrer eigenen Beruhigung das kindliche Vergnügen, aus den Berichten der Parteiversammlungen regelmäßig die Aeußerungen von Genossen zusammenzustellen, die auf die Schwierigkeiten der Schnapsbekämpfung hinweisen, während das Organ der den Schnapsjunkern geistesverwandten rheinisch-westfälischen Kohlenbarone in blinder Wut lospoltert:

„Kindlich ist es, wenn die trinkfreudige Sozialdemokratie, deren sicherste Stütze der wenig tätige, dafür mehr agitierende Parteibudiker ist, nicht nur gegen den Schnapsteufel wettert, sondern damit auch die schnapsbrennenden „Junker", gewöhnlich bürgerlichen Standes, bis zur Vernichtung schädigen will. Ihm und der Volksgesundheit geschieht nur ein Gefallen, wenn sich die Knechte und Arbeiter weniger betrinken. Auch ist der Säufer den Utopien des Sozialismus geneigter als der nüchterne und daher fleißige Arbeitsmann."

Daß der Volksgesundheit ein Gefallen geschieht mit der Enthaltsamkeit vom Schnapsgenuß, ist richtig, daß aber die junkerlichen Schnapsbrenner in dem Boykott nicht einen Gefallen, sondern einen Angriff auf des Vaterlandes heiligste Güter sehen, ist gewiß. Die „Breslauer Volkswacht" führt als Beweis hierfür einige Auszüge aus dem Protokoll der 57. Generalversammlung des Vereins deutscher Spiritusfabrikanten an, das ihr ein günstiger Wind zugeweht hat. Diese Generalversammlung fand im Februar d. J., also lange vor der Boykotterklärung, statt und hatte zum Zweck, etwaige Schäden, die sich aus der höheren Besteuerung des Spiritus ergeben könnten, von den Schnapsbrennern abzuwehren. Als ersten und größten Schaden befürchteten die Herren — übrigens lauter „Edelste und Beste", wie aus einer Namensliste, die mit veröffentlicht wird, hervorgeht — einen Rückgang des Verbrauchs an Trinkbranntwein. Um dieser „nationalen Gefahr" vorzubeugen, soll die Wissenschaft in den Dienst der Fuselbrenner gestellt werden. Die Wissenschaft soll beweisen, daß es nicht nur national und patriotisch, sondern auch gesund ist, Schnaps zu trinken.

Wörtlich führte Geheimer Regierungsrat Professor Dr. M. Delbrück, den sich die Schnapsjunker zum Geschäftsführere ihres Vereins erkoren haben, aus:

„. . . Nach diesen Erörterungen über die Fabrikationstechnik komme ich zu einem andern Gebiete, das ist die Pflege des Absatzes von Spiritus. **Das ist die Sorge, die uns hauptsächlich beschäftigt.** Nun hat das Brennereigewerbe sich bisher auf den Standpunkt gestellt, daß es nicht seine Aufgabe sei, für den Absatz von Trinkbranntwein einzutreten. Es hat das gewissermaßen für unter seiner Würde gehalten. Wenn man nun aber bedenkt, daß, wie auch die Gesetzgebung ausfallen mag, wir bei der 100-Millionen-Steuerauflage doch auch mit einer Konsumeinschränkung des Trinkbranntweins von 10 Millionen Litern rechnen müssen und daß das eine Betriebseinschränkung für jeden einzelnen von mindestens 10 Prozent bedeutet, **dann muß man doch diesen Standpunkt aufgeben** und sich die Frage vorlegen, ob man nicht irgendwie einzugreifen in der Lage ist. **Dazu kommt noch, daß ein konzentrischer Angriff von andrer Seite erfolgt: von der Abstinenzbewegung.** Gewiß wird sich niemand hier im Saale befinden, der einer vernünftigen (!!) Mäßigkeitsbewegung nicht das Wort redete. Aber wir haben gar keine Veranlassung, die Abstinenzfanatiker womöglich noch zu unterstützen. (Sehr richtig!) Die Kontrolle, die wir bisher auszuüben versucht haben, hat ergeben, daß die Alkoholgegner mit übertriebenen, nicht bewiesenen Behauptungen und Schlagworten arbeiten. **Diesen Uebertreibungen soll auf wissenschaftlicher Basis entgegengetreten werden.** Die Schnapsbrenner wollen international (!) gegen die Abstinenzleute vorgehen durch Errichtung einer ernährungsphysiologischen Abteilung unter Leitung des Privatdozenten an der Landwirtschaftlichen Hochschule, Herrn Dr. Voelk. In diesem Laboratorium, für welches jährlich 20000 Mark zur Verfügung stehen, sollen alle die Alkoholfrage betreffenden Untersuchungen ausgeführt werden können."

Mehrere andre Redner sekundierten dem Herrn und fanden eifrigen Beifall. Nicht einem einzigen fiel es ein, die Abstinenz zu loben oder an dem Rückgang des Konsums einen „Gefallen" zu finden. — Und dabei wurden diese Reden, wie gesagt, gehalten, lange ehe der konzentrische Angriff der Sozialdemokratie gegen die

Schnapsbrenner begann! Die kleine Abstinenzbewegung hatte schon genügt, das Konsortium der Spiritusfabrikanten so in Aufregung zu bringen. Ursache dieser Bewegung war außer den Steuervorlagen die Feststellung der erfreulichen Tatsache, daß der jährliche Verbrauch von Trinkbranntwein

von 238 Millionen Liter

in dem Jahrfünft 1898/1903 zurückgegangen ist

auf 203,2 Millionen Liter

in dem Jahrfünft 1903/1907. Das bedeutet in Rücksichtnahme auf den Bevölkerungszuwachs eine Abnahme des Branntweinverbrauchs

von 4,2 Liter auf 3,8 Liter pro Kopf

und Jahr. Während nicht nur jeder Proletarier, sondern auch jeder ehrliche Volksfreund sich über diesen Rückgang von ganzem Herzen freuen muß, wollen die Fuselbarone dazu übergehen, mit bezahlten Wissenschaftlern die „Uebertreibungen" der Abstinenzbewegung zurückzuweisen und die Gesundheit und Bekömmlichkeit des Branntweins zu demonstrieren.

Ueber 33 „wissenschaftliche Beamte", darunter 7 Professoren, 18 Doktoren und 4 Ingenieure, verfügte der Verein der Spiritusfabrikanten schon bisher, ohne daß es ihm gelungen wäre, den Rückgang des Schnapskonsums aufzuhalten. Jetzt werden weitere 20 000 Mk. pro Jahr flügge gemacht. Wir gratulieren zu dem volksfreundlichen Versuch. Bei den organisierten Arbeitern dürfte er wohl umsonst gemacht werden. Wir ziehen aus den Verhandlungen der Schnapsbrenner-Generalversammlung nur einen Schluß:

Deutsche Arbeiter, ihr seht, daß euer Kampf gegen das Junkertum auch auf diesem Felde nicht erfolglos bleiben kann! Der Schlag des Schnapsboykotts trifft die Brenner bis ins Herz, nämlich ins Portemonnaie. Fragt euch, ob ihr ihnen zuliebe verpflichtet seid, eure Gesundheit und eure Familie durch Fuselgift zu schädigen! Nun erst recht:

Weg mit dem Branntwein!

* * *

Noch unverfrorener als die Schnapsbrenner im allgemeinen sind die besonderen Exemplare unter ihnen, die zugleich **Reichstags-Abgeordnete** sind und als solche bei der letzten „Finanzreform" sich selbst die **Schnapsliebesgabe** mit bewilligt haben. Diese Liebesgabe besteht darin, daß der Besitzer einer Brennerei ein bestimmtes Quantum Spiritus zu einem Preise verkaufen kann, der um 20 Mark pro Hektoliter über dem normalen Preise ist. Diese 20 Mark Extraprofit entstehen einzig und allein infolge der Art und Weise der Steuererhebung. Weil das Steuergesetz die „Kontingentierung" der Produktion vorzieht und den kontingentierten Spiritus mit einer geringeren Steuer belegt, als den nicht kontingentierten, entsteht dieser Extraprofit. Für den einzelnen Brennereibesitzer ist dieser Extraprofit unter Umständen sehr bedeutend. Ein Rittergutsbesitzer, der eine Brennerei besitzt, der ein Kontingent von 500 Hektolitern zugesprochen wird, erzielt 10 000 Mark Liebesgabe im Jahre. Um diesen Extraprofit steigt sein Einkommen und auch sein Vermögen wird künstlich erhöht. Denn da das Gut 10 000 Mark mehr Rente abwirft, wird es beim Verkauf nach der allgemeinen Regel der Preisbildung um etwa 150 000 bis 200 000 Mark höher bewertet.

Der „Vorwärts" ist nun in der Lage, eine Liste derjenigen Schnapsbrenner veröffentlichen zu können, die als Volksvertreter den eigenen Vorteil so fein zu wahren wußten. Wir fügen die Liste nachstehend an, unter Beifügung des Namens des Gutes mit Schnapsbrennereien, die sich in ihrem Besitze befinden (D.-K. = Deutsch-Konservativ, Z. = Zentrum, P. = Pole, D. R.-P. = Deutsche Reichspartei):

Graf Finck zu Finckenstein, D.-K., Zakrzewko,
Rehbel, D.-K., Saluskien,
Fritz Wilckens, D.-K., Sypniewo und Dobrin,
Stubbendorf, D. R.-P., Zapel,
Löscher, D. R.-R., Neuhof,
Dietrich, D.-K., Metzelthin,
v. Kaphengst, D.-K., Kohlow,
v. Dirksen, D. R.-P., Jessen,
v. Steinäcker, D.-K., Roenfelde,
Gans Edler v. Putlitz, D.-K., Barskewitz,
v. Michaelis, D.-K., Quatzow,
v. Bonin, D.-K., Bahrenbusch,
Graf Mathias v. Mielzynski, P., Chobienice, Groitzig und Lenka,
v. Trzcinski, P., Gocanowko,
Fürst Radziwill, P., Porzyce und Przygodzice,
Graf Carmer-Osten, D.-K., Riebe und Borne-Tschirnau,
v. Heydebrand u. d. Lase, D.-K., Protsch,
Euen, D.-K., Korschlil,
v. Richthofen, D.-K., Damsdorf,
Graf v. Praschma, Z., Scheppanowitz,
Fürst Hohenlohe-Oehringen, D.-K., Jarischaw, Kaltwasser, Slawenzitz, Gr.-Lassowitz, Kl.-Lassowitz, Bitschin, Chechlau, Slupsko und Bizawa.

Die Liste macht keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit, es ist leicht möglich, daß dieser oder jener Name eines Edlen, der das profitliche Gewerbe der Vergiftung des Volkes mit Fusel und die Schnapsmacherei in seiner Person verbindet, der Feststellung entgangen ist. Für das Volk ist diese Liste äußerst lehrreich. Sie zeigt, daß sich unter den Mitgliedern des Schnapsblocks eine Reihe Leute befindet, denen aus der Liebesgabe persönlicher materieller Vorteil erwächst. Wollte man noch in Betracht ziehen, wer von den [illegible] Junkern und Schlachtschitzen, die den Reichstag zieren, mit Schnapsbrennern versippt und verschwägert ist, so würde man wahrscheinlich keinen einzigen ausschließen können. Wir sehen z. B., daß der edle Graf Mathias Mielzynski, der überaus eifrig für das Schnapssteuergesetz ins Zeug ging, auf dreien seiner Güter Fuselgift produzieren läßt; im Adreßbuch der Güter der Provinz Posen finden wir eine Komtesse Konstancia Mielzynski auf Kotowo, eine Komtesse Severina Mielzynski auf [illegible], eine Frau von Kurnatowska geborene Gräfin Mielzynska auf Domárowo, und alle diese Güter haben Schnapsbrennereien. Wir sind in der Genealogie derer von Mielzynski nicht bewandert, glauben jedoch, annehmen zu müssen, daß die Damen Blutsverwandte des edlen Grafen Mathias sind. Somit kommen für das Geschlecht der Grafen Mielzynski nicht drei, sondern mindestens sechs Brennereien in Betracht; die Liebesgabe bringt der Sippe einen ansehnlichen Batzen Geld. Graf Dohna-Schlobitten hat zufällig keine Schnapsbrennerei auf seinen Gütern, auch der Finckenstein-[illegible] nicht, noch Graf zu Stolberg; aber der Dohnas, Finckensteins und Stolbergs gibt es viele und die meisten von ihnen [illegible] eifrig Schnaps und stecken die Liebesgabe ein, für die die Repräsentanten der edlen Geschlechter im Reichstage so eifrig wirkten.

Nun sollte man meinen, die Herren, die persönlich im Besitze von Schnapsbrennereien sind, wahren wenigstens den Schein und enthalten sich der Abstimmung bei der Entscheidung über ein Gesetz, das ihnen und ihrer Sippe die Schnaps-Liebesgabe zuschanzt. Weit gefehlt! Alle diese hochedlen Herren, die peinlich bedacht sind, die Formen des Anstandes und der [illegible] im privaten Leben zu wahren, sie finden es mit dem politischen Anstand und der politischen Moral wohl vereinbar, ihre Stimme in die Wagschale zu werfen, wo es gilt, durch ein Gesetz ihnen und den Ihren auf Kosten der Schnapstrinker, also zumeist der Armen und Ärmsten, Extraprofite zu verschaffen.

Der entscheidende, die Liebesgabe betreffende Paragraph des Schnapssteuergesetzes wurde in namentlicher Abstimmung mit 205 gegen 142 Stimmen angenommen. Von den aufgezählten Schnapsbrennern waren ein paar nicht anwesend, die übrigen stimmten mit Ja. Hätten sich alle Abgeordneten, die persönlich an der Sache interessiert sind, der Abstimmung enthalten, wie es die einfache Anständigkeit gebietet, die Liebesgabe wäre gefallen. Aber wenn der eigene Vorteil in Frage kommt, hören bei den hochedlen Herren alle andern Rücksichten auf.

Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

= **Aus der Altmark.** Die Arbeitsverhältnisse in den Ziegeleien der Altmark unterscheiden sich von denen der Ziegeleien andrer Gegenden nur in einem Punkte: in der kürzeren Arbeitszeit. Während in den umliegenden Bezirken die elf- und zwölfstündige Arbeitszeit noch herrscht, ist in den meisten Ziegeleien der Altmark der Zehnstundentag eingeführt. Die Entlohnung und Behandlung der Arbeiter läßt aber hier noch sehr viel zu wünschen übrig. Es entspricht das ganz den lückenhaften Organisationsverhältnissen und dem eingewurzelten Untertänigkeitssinn vieler Arbeiter. Selbst Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen vermögen diese oft nicht aus ihrer geistigen Trägheit aufzurütteln. So hatten die Arbeiter der **Ziegelei Wieneke** in **Tangermünde** in den letzten Jahren einigermaßen annehmbare Arbeitsverhältnisse. Mit dem Einzug des Meisters Decker, der am 1. März d. J. erfolgte, trat aber eine gewaltige Aenderung zuungunsten der Arbeiter ein. Der frühere Meister stand im Lohn des Besitzers, war also nur Aufsichtsperson, während Herr Decker als Akkordant zum Unternehmer avancierte. Seine Unternehmerinteressen verlangten eine Verminderung der Arbeitskräfte und eine Kürzung der Löhne. In der Lehmgrube, in der früher 8 Mann beschäftigt wurden, mußten nun 5 Mann dieselbe Arbeit leisten. Das Abkarren der Steine, das bisher von 4 bis 5 Mann besorgt wurde, muß nun von 2 bis 3 Mann ausgeführt werden. Beim Einschippen muß 1 Mann dieselbe Arbeit leisten, die früher von 2 Mann verrichtet wurde. Der Akkordlohn für Abschneider und Abnehmer wurde von 22 auf 20 Pf. pro Tausend heruntergesetzt. Den Ofenleuten wurden die Akkordlöhne um durchschnittlich 15 Prozent gekürzt. Durch diese Lohnkürzungen wurden die Arbeiter zu ihren eigenen Antreibern. Während früher wöchentlich 6 Kammern abgebrannt wurden, steigerte sich die Produktion, trotz der verringerten Arbeiterzahl, auf wöchentlich 10 Kammern, so daß die Ofenleute oft schon morgens um 3 Uhr mit der Arbeit beginnen mußten. Das veränderte Sy[stem] brachte also den Arbeitern vermehrte Anspannung ihrer Kräfte, dem Meister vermehrten Gewinn. Auch die Behandlung der Arbeiter hat sich in demselben Maße verschlechtert. „Ihr Bande, ich schlage euch das Kreuz entzwei", „Ich jage euch allesamt zum Teufel", diese und ähnliche Redensarten gehörten zu den üblichen Umgangsformen. Die Arbeiter ließen sich aber durch nichts in ihrer stoischen Ruhe stören. Ja, im Gegenteil, wie die Treue des Hundes mit jeder Tracht Prügel wächst, so wuchs die Anhänglichkeit der Arbeiter zu ihrem Zwischenunternehmer. Gelegentlich eines „Zieglerkränzchens" konnten sie sichs nicht versagen, auch ihren „Meister" einzuladen, da nach ihrer Ansicht ohne diese Herrschaften keine Arbeiterfeste gefeiert werden können. Der Gipfel der Schweifwedelei wurde aber durch den Beschluß erreicht, für den Ueberschuß des „Kränzchens" dem „Meister" ein Geburtstagsständchen zu bringen. Die Ziegler der andern Betriebe, die auch an dem Kränzchen teilnahmen, zeigten jedoch keine Lust, ihre sauer verdienten Groschen dem Vergnügen der Unternehmer zu opfern. Aber die braven Unternehmerfreunde wußten sich zu helfen; sie veranstalteten einfach eine Sammlung, an der sich, zu ihrer Schande sei es gesagt, auch unsre Kollegen beteiligten. Dieser Harmoniedusel wurde von dem Zwischenunternehmer selbstverständlich ausgenutzt. Er hielt eine „Rede", worin er auf die „gemeinsamen Interessen" und das „gute Einvernehmen" zwischen Meister und Arbeiter hinwies. Dieser Fuchspredigt spendeten die Arbeiter noch Beifall, die Lohnkürzungen, Verschlechterungen und Beschimpfungen hatten sie vergessen, sie waren glücklich, mit ihrem „Meister" anstoßen zu dürfen. Daß man mit solchen Jammerlappen jederzeit Schindluder treiben kann, ist nicht verwunderlich. Ein organisierter Arbeiter sollte sich aber zu derartiger, verächtlicher Speichelleckerei nicht mißbrauchen lassen, er verlange sein Arbeiterrecht und keine Unternehmergunst. — In demselben Betriebe wurde auch während der ganzen Kampagne ein 12jähriger Junge beschäftigt. Erst durch unser Eingreifen hat die Gewerbeinspektion kürzlich veranlaßt, daß an die Stelle des Kindes ein Erwachsener getreten ist. Es liegt im Interesse aller Arbeiter, die Entdeckung solcher Fälle nicht dem Zufall zu überlassen, sondern jeden Mißbrauch dieser billigen, lohndrückenden Arbeitskräfte sofort der Organisation zu melden, damit Abhilfe geschaffen werden kann.

In der **Dampfziegelei von Hehr u. Kunst** in **Tangermünde** ist weder ein Unterkunftsraum zum Einnehmen der Mahlzeiten, noch eine Wascheinrichtung vorhanden. Jedenfalls erachten die Besitzer derartige Einrichtungen für überflüssig, und die Arbeiter haben durch das Organisationsverhältnis bekundet, daß sie noch ziemlich bedürfnislos sind. Mögen die Arbeiter dieses Betriebes auf der Hut sein und sich alle der Organisation anschließen, damit ihre Bedürfnislosigkeit von den Besitzern nicht einmal anderweitig ausgenutzt wird.

Die Arbeitsverhältnisse im **Altmärkischen Hartsteinwerk, A.-G., in Tangermünde** können im allgemeinen, wenn auch nicht gut, so doch annehmbar genannt werden. Das Werk ist 1905 erbaut und sind die sanitären Einrichtungen, als Speisesaal, Trinkwasserversorgung, Wasch- und Badeeinrichtung, Abortanlagen usw., zufriedenstellend. Der Lohn beträgt für die Hofarbeiter 32 Pf., für die Sandgrubenarbeiter 37 Pf., für die Pressenarbeiter 38 Pf. und für Mischtrommel- und Kalkmühlenarbeiter 40 Pf. pro Stunde. Für Kalkabladen wird für je 100 Zentner eine Stunde extra bezahlt. Die Bezahlung ist also noch sehr verbesserungsbedürftig, ganz besonders wenn die gesundheitsschädliche Arbeit in Betracht gezogen wird. Durch Stärkung der Organisation wird diese Besserung auch möglich sein. Der weitere Ausbau der Organisation ist den Arb[eitern] dieses Betriebs überhaupt zu empfehlen, es könnten sonst auch hier einmal für die Arbeiter unangenehme Neuerungen, wie in der Ziegelei Wieneke, eingeführt werden.

Recht rückständige Arbeitsbedingungen herrschen in der **Ziegelei Hönnig in Berge bei Gardelegen.** Dort muß z. B. der Brenner täglich von morgens 4 Uhr bis abends 10 Uhr arbeiten, selbstverständlich auch am Sonntag. Nur jeden dritten Sonntag hat er 30 Stunden frei, also noch nicht einmal die gesetzliche Ruhezeit von 36 Stunden wird ihm zuteil. Für diese ungeheuer lange Arbeitszeit erhält er ganze 20 Mark Wochenlohn. Nebenbei muß dieser Brenner aber auch noch den Lehm für zwei Streicher zurecht machen, Steine verladen und noch drei Pferde füttern. Man muß wirklich staunen, daß es noch Arbeiter gibt, die sich derartig ins Joch spannen lassen. Dabei ist das kein Einzelfall, sondern es ist einer von vielen. Dieser zeigt aber, daß es auch in der Altmark, besonders in der Gegend von Gardelegen, für unsre Organisation noch sehr viel zu bessern gibt.

= **Chemnitz.** Im verflossenen Sommer wurde in der hiesigen Gegend der Ziegleragitation besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Im Anfang ging alles glatt vonstatten; die Versammlungen waren meistens gut besucht, die Ziegelmeister erschienen mit ihrer ganzen Mannschaft, um sich belehren zu lassen. Gar bald wurde ihnen aber diese Agitation unbequem, und sie suchten nun die Versammlungen zu stören oder zu verhindern. So hatte der Meister der **Ziegelei Frenzen** dem Verteiler der Einladungszettel Ohrfeigen angeboten. Der **Meister R. Karge der Ziegelei Diezel** ging noch schneidiger vor; er entriß dem Verteiler die Zettel und rief die Polizei herbei. Trotz dieser Maßnahmen hatte unsre Arbeit doch Erfolg. In kurzer Zeit wurden ungefähr 150 Ziegler für die Organisation gewonnen. Diese Ausbreitung der Organisation blieb denn auch für einen Teil der Arbeiter nicht ohne Segen. Eine Ziegelei besserte nämlich auf Grund unsrer Agitation **den Wochenlohn der Lohnarbeiter um 1,50 Mark** auf; natürlich in der Erwartung, daß sie dem Verbande wieder den Rücken kehrten. Die Kollegen ließen den Wunsch des Besitzers aber unerfüllt, da sie sich wohl bewußt waren, daß nur die Furcht vor der Organisation die Triebfeder zur Lohnerhöhung war. Halten die Kollegen diesen Gedanken auch fernerhin wach, so werden auch weitere Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse nicht ausbleiben.

Vom Standpunkt einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmackt erscheinen, wie das Privateigentum eines Menschen an einem andern Menschen. Karl Marx. Das Kapital.

Streiks und Lohnbewegungen.

— **Streiks und Differenzen** bestehen in: **Nürnberg** (Zelluloidfabrik), **Bramsche** (Tapetenfabrik), **Bremen** (Petroleumraffinerie), **Zapfigk** (Ziegeleiarbeiter), **Leipzig** (**Borsdorf**, Wachstuchdrucker).

Zuzug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

— **Stettin.** In der „Union", Fabrik für chemische Produkte, reichten die Arbeiter durch die Verbandsleitung eine Lohnforderung ein. Daß diese Forderung dem Unternehmer nicht zur gelegenen Zeit kam, ging aus den Ausführungen des Herrn Dr. Klippert bei den Verhandlungen hervor, der da sagte, er müsse es mißbilligen, daß gerade dann, wenn die Arbeit dringend sei, Forderungen gestellt würden. Trotzdem habe er den Vorstand des Industriellen-Verbandes angerufen und dieser habe die Forderung als **ungerechtfertigt** abgelehnt. Um aber den Arbeitern entgegenzukommen, werde er auf einzelne Punkte etwas bewilligen. Durch die Verhandlungen, die mit dem Arbeiterausschuß gepflogen wurden (der Verbandsleitung wurde eine Antwort nicht zuteil), wurde auch eine Einigung erzielt, über die wir schon kurz berichteten. Daß diese Mehrleistung dem Unternehmer im Magen lag und daß nur der Not gehorchend etwas bewilligt wurde, darüber waren die Arbeiter sich nicht im Zweifel. Ferner wußten die Arbeiter auch, daß wenn die Versandzeit vorüber, entgegen dem Versprechen des Herrn Dr. Klippert, daß Arbeiter des Arbeiter-Ausschusses nicht entlassen werden sollten, [dennoch] Entlassungen vorgenommen werden würden. Was die Arbeiter damals schon ahnten, ist jetzt zur Tatsache geworden.

Am Sonnabend, dem 2. Oktober, wurden 8 Kollegen, welche 1—6 Jahre im Betriebe tätig waren, entlassen. Dagegen wurden Arbeiter, die erst 4 Wochen im Betriebe arbeiten, weiter beschäftigt. Am Sonnabend, dem 9. Oktober, wurden abermals 5 Kollegen, darunter einer, **der 18 Jahre im Betriebe tätig war**, entlassen; die ü[brig]en waren in der Zeit von 1—9 Jahren im Betriebe tätig. Durch diese Entlassungen soll die Organisation im Betriebe zertrümmert werden. Die Zertrümmerung der Organisation hat ein Meister „Union" in die Hand genommen. Derselbe hat durch allerlei Schikanierungen versucht, die Arbeiter zu provozieren. Kollegen, von denen er wußte, daß sie dem Verbande angehörten, wurden bei Arbeiten gesandt, bei denen sie den fürstlichen Lohn von 3 Mk. pro Tag erzielten. Wenn bis dahin die Arbeiter sich nicht zu Gewalttätigkeiten gegen den Meister hinreißen ließen, dann ist das einzig und allein der Organisation zu verdanken. Auf das Treiben der Meister in dieser Fabrik werden wir später zurückkommen. Jedoch heute schon stellen wir fest, daß durch die Entlassungen gerade das Gegenteil des Beabsichtigten erreicht worden ist; die fortwährend im Bureau einlaufenden Neuaufnahmen beweisen es. Wir behalten uns vor, zur gegebenen Zeit mit dem Unternehmer und dessen Handlanger abzurechnen.

In der Mostrichfabrik von Müller u. Bolle wurde von der Verbandsleitung eine Lohnforderung eingereicht. Eine Antwort wurde auch hier der Verbandsleitung nicht zuteil. Es wurden einige Kollegen ins Bureau gerufen, von denen man zunächst erfahren wollte, wer denn eigentlich der Urheber sei. Als die Kollegen erklärten, daß nicht einer sondern alle in der Lohnfrage einig seien, wurde verhandelt. Bewilligt wurde eine Zulage von 1 Mark für männliche und 50 Pfennigen für weibliche Arbeiter pro Woche. Bei Beendigung der Verhandlung glaubte der Herr den Arbeitern klar machen zu müssen, daß sie ruhig wieder aus dem Verbande austreten sollten, denn er habe sich schon lange damit beschäftigt, den Arbeitern eine Zulage zu geben. Nur sei er immer noch nicht dazu gekommen. Wenn sie im Verbande blieben, dann müßten sie ja die Hälfte der Zulage für den Verband ausgeben. Ferner werde er sich überlegen, ob er Verbandsleute beschäftigen werde oder nicht. Die Arbeiter werden dem Herrn jedoch den Gefallen nicht tun, sie werden dafür sorgen, daß alle dem Verbande beitreten. Auch die Arbeiterinnen werden sich nicht durch die Versprechungen, daß der Unternehmer, wenn eine heiratet, dann zur Aussteuer beisteuern wolle, betören lassen, sondern auch sie werden einsehen, daß ohne Organisation nichts zu erreichen ist. Nur eine einige Arbeiterschaft kann einem vereinten Unternehmertum die Stirn bieten. Darum hinein in den Verband der Fabrikarbeiter!

— **Wreschen.** Hier sind zirka 300 Arbeiter und Arbeiterinnen der Zuckerfabrik in den Ausstand getreten. Von den Streikenden gehört keiner einer gewerkschaftlichen Organisation an.

— **Der Kampf in Schweden** wird nach der in voriger Nummer bekannt gegebenen Einschränkung weitergeführt. Nach einem Bericht des „Vorwärts" stehen noch 52 000 Arbeiter im Streik. Von ihnen stehen gegen 30 000 noch in direktem Kampf gegen die schwedische Arbeitgebervereinigung, die ja diejenige ist, die seinerzeit durch ihre Massenaussperrungen den allgemeinen Massenstreik hervorgerufen hat und gegen die nun auch noch nach der neuen Taktik der Arbeiterschaft der Kampf fortgesetzt wird, bis annehmbare Bedingungen für den Friedensschluß erreicht sind. Der Rest von den 52 000 sind solche, die noch infolge des Massenstreiks arbeitslos oder gemaßregelt sind. So viel steht fest, daß der Plan des Unternehmertums, die Arbeiterschaft gänzlich niederzuschlagen, mißlungen ist. Ein so kampfgewohntes Arbeiterheer, wie das schwedische, ergibt sich nicht, und das internationale Proletariat, auch die deutsche Arbeiterschaft, wird an ihrem Teile weiter dafür sorgen, daß es den kämpfenden Brüdern in Schweden nicht an den nötigen Mitteln fehle.

Die [schwed]ischen Unternehmer setzen ihre alte, seit Beginn des Massenstreiks geübte Praxis fort und suchen auch jetzt noch immer die Oeffentlichkeit über den Umfang des Kampfes zu täuschen. So ließen sie die Nachricht verbreiten, die Grubenarbeiter von Kiruna hätten am 7. Oktober, der Parole der Landesorganisation zum Trotz, Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Aber tatsächlich ist am selben Tage von diesen Arbeitern ganz der entgegengesetzte Beschluß gefaßt worden, nämlich der: den Kampf fortzusetzen, bis er vom Landessekretariat der Gewerkschaften für beendet erklärt wird!

Noch niederträchtiger war ein andrer Streich. Auf den Direktor des schwedischen Exportvereins, **Hamor**, war eine Bombe geworfen worden, allerdings ohne Schaden anzurichten. Die Unternehmerpresse wälzte sofort den kämpfenden Arbeitern die Urheberschaft zu und forderte Schutz gegen die „sozialdemokratischen Gerichte". Doch die Freude der Scharfmacher war von kurzer Dauer. Vier Tage nach dem Bombenwurf wurde in Stockholm der Ingenieur Martin Ekenberg, Besitzer eines Laboratoriums in London, der **ein persönlicher Bekannter der beiden war, die ihm entgegengearbeitet** haben, unter dem Verdacht, die Bombe geworfen zu haben, verhaftet. Ekenberg studierte in Stockholm und im Ausland und wurde 1893 **Doktor der Philosophie** an der Königsberger Universität. Seitdem schweigt die bürgerliche Presse, die vorher todsicher wußte, daß nur Sozialdemokraten die Täter gewesen sein könnten.

Eine erfreuliche Nebenerscheinung des Streiks soll hier noch erwähnt werden: Wie die Sanitätsstatistik bekannt gibt, sind die Sterbefälle in Stockholm im Monat August noch niemals so niedrig gewesen, wie gerade in diesem Jahre. In der Woche vom 8. bis zum 15. August starben bloß 8,7 pro Mille. Die Aerzte schreiben das der **völligen Enthaltung von Alkohol** zu und **dem allgemeinen Aufenthalt in frischer Luft** statt in den Fabriken, Werkstätten und Cafés.

Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.

Karl Marx. Zur Kritik der politischen Oekonomie.

*

Der industrielle Krieg der Kapitalisten untereinander hat das Eigentümliche, daß die Schlachten in ihm gewonnen werden weniger durch Anwerben, als durch Abdanken der Arbeiterarmee. Die Feldherren, die Kapitalisten, wetteifern untereinander, wer am meisten Industriesoldaten entlassen kann.

Karl Marx. Lohnarbeit und Kapital.

Polizei und Gerichte.

‖ Am 8. Mai dieses Jahres verteilten der Kollege Specht-Wiesdorf und sein erwachsener Sohn die Agitationsnummer des „Proletariers" vor dem Farbwerke in Leverkusen. Von dem Portierhause 2 wurde dem Oberfeuerwehrmann Paul Kufanel, welcher von der Nachtschicht kam, der Auftrag erteilt, die Flugblattverteiler, wenn auch mit Gewalt, von ihrem Privatweg fortzubringen. Dieser Auftrag wurde von dem Feuerwehrmann mehr wie gut ausgeführt. Mit der Aufforderung, den Platz zu verlassen, erhielt Kollege Specht einen Stoß in die Seite, wurde an seinem Bart gerissen und auf die Füße getreten. Durch einen derartigen unvermuteten Angriff stürzte dieser zu Boden, krabbelte sich aber, so schnell es möglich war, wieder auf die Beine, um die Flugblätter, welche der „wutige" Feuerwehrmann ergreifen wollte, in Sicherheit zu bringen. Durch einen nochmaligen Stoß suchte der Feuerwehrmann dies zu verhindern. Darüber sprang der einige Schritt entfernt stehende Sohn seinem Vater zu Hilfe und schlug den Feuerwehrmann mit einem von den Füßen gerissenen Pantoffel vor den Kopf.

Kollege Specht erstattete von dem Ueberfall sofort Anzeige, gleichzeitig erhob die Fabrikleitung gegen Specht Klage wegen Hausfriedensbruchs und der Feuerwehrmann fungierte als Nebenkläger. Was aus der Anzeige des Kollegen Specht wird, weiß dieser vorläufig noch nicht. Dagegen sind die Klagen der Fabrikleitung und des Feuerwehrmannes schon in zweiter Instanz erledigt. Das Schöffengericht zu Opladen hatte beide Angeklagte freigesprochen, weil der Nachweis fehle, daß die Angeklagten in ein umfriedigtes Besitztum eingedrungen seien. Um zu einer Bestrafung wegen Hausfriedensbruchs zu kommen, müsse ein solcher Nachweis geführt werden. Auch habe der Feuerwehrmann nicht das Recht gehabt, so wie geschehen gegen die Angeklagten vorzugehen, besonders nicht, weil diese im Besitz einer polizeilichen Erlaubnis zum Verteilen von Druckschriften gewesen seien.

Gegen das Urteil legte der Amtsanwalt Berufung ein. Die Verhandlung fand am 18. September vor der 1. Strafkammer in Düsseldorf statt. Kollege Specht verbreitete sich vor diesem Gericht darüber, wie von den Gifthütten bezw. deren Angestellten Flugblattverteiler behandelt würden. Es habe eine Zeit gegeben, da habe er, um allen Scherereien aus dem Wege zu gehen, in der Nähe der Fabrik ein am Wege liegendes Grundstück gemietet und von dort aus Flugblätter an die Arbeiter der Gifthütten verteilt. Bei der Flugblattverteilung am 8. Mai habe er auf keinem Privatweg gestanden, sondern der Weg sei Eigentum der Gemeinde und bilde eine Zufuhrstraße, um auf Grundstücke zu kommen, welche nicht Eigentum der Gifthütten seien. Trotzdem habe er sich die geschilderte Behandlung von dem Feuerwehrmann gefallen lassen müssen. Spechts Sohn behauptete, er habe sich für verpflichtet gehalten, seinen Vater gegen die unberechtigten Angriffe in Schutz zu nehmen. Der Verteidiger des Genossen Specht, Rechtsanwalt Schrammen II aus Köln, hob noch besonders hervor, daß über die Frage, ob der betr. Weg ein öffentlicher oder ein Privatweg sei, auch heute noch keine Klarheit herrsche. Zwei Wochen nach der Verhandlung vor dem Schöffengericht in Opladen sei von der Fabrikleitung erst ein Schild mit der Aufschrift: „Privatweg! Betreten für Unbefugte verboten!" an dem fraglichen Weg angebracht worden. Das Gericht sprach beide Kollegen von der Anklage des Hausfriedensbruchs frei. Von der Anklage der Körperverletzung des Feuerwehrmannes wurde Specht jun. ebenfalls freigesprochen, weil dieser glauben konnte, er dürfe seinem Vater zur Hilfe kommen und mache sich durch einen Schlag mit dem Pantoffel nicht strafbar. Bei Specht sen. wurde eine Ueberschreitung der Notwehr angenommen und dafür eine Geldstrafe von 20 Mark ausgeworfen. Beantragt war eine solche von 50 Mark. — Ob denn nun endlich gegen die Farbwerke Klage erhoben wird, die ohne Recht einem Flugblattverteiler ihre Kreaturen auf den Hals hetzen?

Barmsen. Instruktionsbedürftig scheint der hiesige Gendarm R. zu sein, da er offenbar das neue Reichsvereinsgesetz noch nicht kennt. In Bernerau sollte eine Zieglerversammlung stattfinden mit der Tagesordnung: „Wie verbessern wir unsre Lage?" Also unzweifelhaft eine unter den § 6 Absatz 3 des Reichsvereinsgesetzes fallende Versammlung „von gewerblichen Gehilfen zur Erörterung von Verabredungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen". Eine derartige Zusammenkunft hatte bereits stattgefunden. Nunmehr verlangte der Gendarm, trotz der ihm gewordenen Belehrung, daß sein Begehren ungesetzlich sei, daß die Versammlung angemeldet werde. Und der Wirt ließ sich einschüchtern; er will die Abhaltung der Versammlung ohne Anmeldung nicht gestatten. Darauf werden die Einberufer sich natürlich unter keinen Umständen einlassen, sondern darauf bestehen, daß auch im Bereich der Landherrenschaft der Geestlande das Reichsrecht gebührend respektiert werde.

‖ Unkundig oder neugierig?

Ragnit (Ostpr.) Das sogenannte „liberale" Reichsvereinsgesetz scheint man seitens der Polizeibehörden in verschiedenen kleineren Städten Ostpreußens noch nicht kapiert zu haben, sonst wäre es unverständlich, daß die Behörde sehr scharf dahinter ist, wenn Arbeiter sich zusammenfinden, um über ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu beraten, und von ihrem gesetzlichen Recht, sich zu organisieren, Gebrauch machen. Auch der hiesigen Polizeibehörde scheint der § 6 des Reichsvereinsgesetzes noch fremd zu sein. Als vor ca. 14 Tagen eine Betriebsversammlung tagte, erschien in dem Lokale plötzlich ungeladen ein Polizist. Er gab an, er wollte nur sehen, was dort los sei. Es wurde ihm bedeutet, daß er sich darum nicht zu kümmern habe. In den darauf folgenden Tagen wurde eine Anzahl Arbeiter, die an der Besprechung teilgenommen hatten, von der Polizeibehörde zum Verhör geladen. Mit der wichtigsten und strengsten Polizeimiene erkundigte man sich, was in der Besprechung gesagt wurde und wer der fremde Mann sei, welcher anwesend war, was er wollte und dergleichen mehr. Einige Arbeiter glaubten nun irrigerweise, sie müßten dies der Polizei erzählen. Von dem Bevollmächtigten unsrer Zahlstelle verlangte man sogar, er solle die Mitglieder und die Versammlungen der Polizei anmelden. Unser Kollege berief sich jedoch auf das auch den Arbeitern zustehende Vereinsgesetz, und da erst scheint es der Polizei in den Sinn gekommen zu sein, daß ein neues Reichsvereinsgesetz existiert. Weiter kommt es uns so vor, als wenn die Behörde von den Wirten verlange, daß sie, wenn in ihrem Lokal eine Versammlung tagt, dieselbe anzumelden haben. Denn einige Lokalbesitzer erklärten: „Bringen Sie uns eine Bescheinigung von der Polizei, daß die Versammlung stattfinden darf, so geben wir Ihnen das Lokal, denn von uns verlangt man es." Sollte die Behörde von den Wirten Anmeldung verlangen, so wäre dies nichts weniger, als eine Umgehung des Reichsvereinsgesetzes und eine Bespitzelung der gewerkschaftlichen Organisationen. Es wäre demzufolge zu wünschen, daß die Behörden sich eingehender mit den gesetzlichen Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes befassen, so nur könnten sie sich unnötige Arbeit ersparen. Ebenso wünschenswert wäre es, daß der Regierungspräsident den Behörden Weisungen über die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes gäbe, denn hierin scheint es bei einzelnen Polizeibehörden noch zu mangeln. Unsre Kollegen dürfen aber ob solcher polizeilichen Uebergriffe der Behörde nicht wankelmütig werden, sondern sie müssen sich um so fester dem Verbande angliedern, um ihre Rechte zu wahren.

‖ Freigesprochene Flugblattverteiler.

Bei Verbreitung von Flugblättern vor der Cröllwitzer Papierfabrik in Halle waren mehrere Mitglieder unsres Verbandes mit Strafmandaten bedacht worden. Dies war wiederum um 17. März der Fall. Gegen das Strafmandat war gerichtliche Entscheidung beantragt worden und das Schöffengericht erkannte auf 3 Mk. Geldstrafe. Die Strafkammer sprach unter Hinweis auf das Kammergerichtsurteil vom 18. April 1904 unsern Kollegen frei. Hiergegen hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt, welche am 27. September 1909 zur Verhandlung kam, aber auf Kosten der Staatskasse zurückgewiesen wurde. Begründend wurde dazu ausgeführt: „Die Strafkammer hat festgestellt, daß der Angeklagte am 17. März 1909 in Halle a. S. Flugblätter mit der Ueberschrift: „Die Arbeiter und die wirtschaftliche Krisis", ohne die Erlaubnis der Ortspolizeibehörde erlangt zu haben, verteilt und hierfür eine Vergütung von 1 Mark erhalten hat. Auf Grund dieses Sachverhaltes hat die Strafkammer den Angeklagten von der Anklage der Zuwiderhandlung gegen § 10 und 41 des preußischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 freigesprochen. Zutreffend geht die Strafkammer zunächst davon aus, daß nach § 80 Abs. 2 des Reichs-Preßgesetzes der § 10 des preußischen Preßgesetzes nur insoweit noch in Kraft ist, als es sich um die öffentliche unentgeltliche Verteilung von Bekanntmachungen, Plakaten und Aufrufen handelt. Die Unentgeltlichkeit hat die Strafkammer verneint, weil der Angeklagte für die Tätigkeit des Verteilens von seinem Auftraggeber 1 Mark als Entgelt erhalten hat. Als unentgeltlich betrachtet hiernach die Strafkammer die Verteilung nur dann, wenn der Verteiler von seinem Auftraggeber für die Arbeit des Verteilens keinen Lohn erhält.

Diese Rechtsansicht entspricht der Auffassung, die das Kammergericht bereits in dem Urteil vom 18. April 1904 (Johnow 27 S. C 68) entwickelt und seitdem in konstanter Rechtsprechung festgehalten hat. Die Ausführungen der Revisionsschrift haben dem Senat keinen genügenden Anlaß geboten, diesen Standpunkt zu verlassen. Die Aufhebung des angefochtenen Urteils hätte indes erfolgen müssen, wenn das dem Angeklagten für die Verteilung der Druckschriften gezahlte Entgelt von 1 Mk. nur zum Schein gegeben worden wäre. Allein weder die Höhe dieses Betrages, noch die sonstigen Feststellungen des Urteils haben für solche Annahme einen tatsächlichen Anhalt gegeben. Hiernach war wie geschehen zu erkennen.

Die Kostenentscheidung gründet sich auf § 505 der Strafprozeßordnung."

Durch das jetzt gesprochene Urteil des Kammergerichts läßt hoffentlich die Behörde die Flugblattverteiler in Zukunft ungeschoren.

Korrespondenzen.

Essen. In der Mitgliederversammlung am 10. Oktober konnte die Verwaltung die erfreuliche Tatsache berichten, daß im letzten Quartal 53 Mitglieder aufgenommen wurden. Es wurde beschlossen, mit den Ausgetretenen noch einmal Rücksprache zu nehmen und sie zum ferneren Verbleib in der Organisation zu ermahnen. Weiter wurden die Mitglieder aufgefordert, in der Agitation so eifrig fortzufahren wie bisher und die Adressen solcher Mitglieder, die sie nicht selber für die Organisation gewinnen können, bezw. die sie in Rücksicht auf das Arbeitsverhältnis nicht zum Beitritt auffordern können, dem Bevollmächtigten mitzuteilen, damit dieselben bei der nächsten Hausagitation besucht werden können. Bekannt gegeben wurde noch, daß uns der Wirt Müller aus nichtigen Gründen das Lokal entzogen hat; die Versammlungen finden deshalb jeden zweiten Sonntag im Monat bei Wirt Knut, Kastanien-Allee, statt.

Großenhain. Wie gleichgültig den Arbeitern der Gummifabrik Weiß u. Bäßler die Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse ist, hat die letzte Hausagitation zur Genüge bewiesen. Die Hauptschuld liegt in der Angst, der Unternehmer bezw. dessen Stellvertreter könnten es erfahren. Denn im Betriebe wird jeder Neueintretende einem Verhör unterzogen, ob er einer Organisation angehört oder nicht. Dabei sind die Verhältnisse in der Fabrik durchaus nicht vorbildlich. Erhebliche Gefahr für die Gesundheit der Arbeiter in diesem Betriebe bringt das Benzol, welches zum Auflösen des Gummis benutzt wird, das Rühren des Gummis bezw. die Verdünnung desselben mit Benzol, mangelhafte Ventilation und die Warmvulkanisation mit sich. Wie gefährlich das Einatmen der Benzoldünste ist, kann man am besten an den blassen Gesichtern der dabei beschäftigten Arbeiter sehen, aber da der Lohn den am Orte üblichen etwas übersteigt, so halten es die Arbeiter gar nicht für notwendig, auf ihre Gesundheit Rücksicht zu nehmen. In letzter Zeit erkrankte ein Arbeiter, die Aerzte stellten Typhus fest, auch sollte er sich die Krankheit wo anders zugezogen haben, sogar nach Krankheitsfällen in der Familie des Erkrankten wurde geforscht, aber da war nichts zu entdecken, was auf vererbte Krankheit schließen ließ. Die Krankheitserscheinungen, wie Appetitlosigkeit usw., und die wirren Reden des Erkrankten lassen aber die Annahme berechtigt erscheinen, daß die Hauptschuld in dem Einatmen der gefährlichen Benzoldünste zu suchen ist. In der Arbeitsordnung heißt es, daß Arbeiter, die wegen Unwohlsein die Fabrik verlassen müssen, dies sofort der Firma melden sollen, und wenn das Unwohlsein — könnte man nicht sagen Vergiftungserscheinungen? — anhält, der Firma wöchentlich Bericht zu geben. Es ist auch vorgekommen, daß Arbeiter während der Arbeit anfingen zu toben und zu schreien, auch werden öfters welche unwohl. Eine weitere Gefahr besteht bei dem Oeffnen der Vulkanisierungsschränke durch das Ausströmen der Dünste, die die Säure beim Vulkanisieren entwickelt. Die Entlohnung der bei dieser gefahrvollen Arbeit beschäftigten Arbeiter müßte auch eine bessere sein. Die Arbeitsordnung enthält die nette Bestimmung: „Die Lohn- und Akkordsätze werden durch die Firma bestimmt." An den üblichen Strafbestimmungen mangelt es auch nicht. Aber leider wird allen diesen Erscheinungen von den Arbeitern zu wenig oder gar keine Beachtung geschenkt. Darum, ihr Kollegen, wollt ihr alle diese Gefahren von euch und euren Familien abwenden, so schließt euch Mann für Mann dem Verbande der Fabrikarbeiter an, denn einzeln seid ihr nichts, vereint eine Macht.

Schwarza. Nach langem Schlaf sind auch hier die Fabrikarbeiter erwacht. Der regen Agitation des Gauvorstandes ist es gelungen, hier eine Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes zu gründen. Aber erst ein Teil der Kollegen ist zu der Erkenntnis gekommen, daß sie nicht in Klimbimvereinen aller Art, sondern in der gewerkschaftlichen Organisation ihren Platz zu suchen haben. Mögen diese Vorkämpfer nun alle mithelfen, die uns noch Fernstehenden über unsre Ziele aufzuklären, dann wird der Verband auch hier bald eine tüchtige Schar von Kämpfern mustern können und dann wird endlich auch einmal an eine Verbesserung der hier noch herzlich schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen gedacht werden können.

Rundschau.

Anwerbung von Arbeitern zum Bahnbau in Brasilien.

Eine ausländische Bahnbaugesellschaft sucht zurzeit durch ihre Agenten in Deutschland Arbeiter für den Bau einer Eisenbahn in Brasilien anzuwerben. Eine größere Anzahl Arbeiter soll sich bereits mit einem Agenten auf der Ueberfahrt befinden. Nach zuverlässigen Mitteilungen ist vor einer weiteren Ausreise deutscher Arbeiter dringend zu warnen, da daselbst Malariaerkrankungen mit tödlichem Verlaufe zahlreich vorkommen. Ebenso wurde in der deutsch-brasilianischen Presse mehrfach Klage geführt über die Verpflegung und Behandlung europäischer Arbeiter, wobei die Verpflegungsverhältnisse als sehr mangelhaft bezeichnet wurden. Wir können nur dringend raten, aus Brasilien fortzubleiben.

Ein Ratgeber für Auswanderer

ist im Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erschienen. Das Büchlein soll, wie es im Vorwort heißt, dem auswanderungslustigen deutschen Arbeiter, der nach den Vereinigten Staaten von Amerika zu gehen beabsichtigt, ein Ratgeber und Führer sein.

Kein Führer etwa nach irgend einem sagenhaften Eldorado, wo der Neuankömmling sicher ist, sein Glück zu machen, weil das Gold auf der Straße liegt, sondern ein Büchlein, in dem der Auswanderungslustige Aufklärung darüber findet, welche Schattenseiten das Verlassen der Heimat hat, und wie es mit den Vorteilen bestellt ist, die er von seiner Uebersiedlung nach Amerika erhofft. Die Erfahrung beweist, daß der Entschluß zur Auswanderung in den seltensten Fällen auf Grund einer genauen Kenntnis der in den Vereinigten Staaten herrschenden Verhältnisse gefaßt wird, vielmehr gewöhnlich die Folge von allerlei Illusionen ist. Da darf es denn nicht wunder nehmen, wenn die in den rosigsten Farben gehaltenen Zukunftsbilder, die im Kopf des Europamüden und Amerikasüchtigen leben, schon in den ersten Tagen des Verweilens auf amerikanischem Boden von der rauhen Hand der Wirklichkeit unbarmherzig zerstört werden. Den deutschen Arbeiter in den Stand zu setzen, solche in ihren Folgen gefährliche Illusionen schon vor dem Antreten der Amerikafahrt sich aus dem Kopf zu schlagen, und dadurch sich und seiner Familie schwere Unannehmlichkeiten zu ersparen, dazu soll dieser Ratgeber dienen.

Außerdem aber enthält das Büchlein wertvolles Adressenmaterial für diejenigen, die den Entschluß der Auswanderung zur Ausführung bringen und nach dem Verlassen des Schiffes sich allein und freundlos im fremden Lande finden.

Falls der Auswanderer, dem der Führer in die Hände kommt, schon in Deutschland, Oesterreich oder der Schweiz einer Arbeiterorganisation angehört hat, wird er sicherlich die verzeichneten Adressen der verschiedenen amerikanischen Arbeiterverbindungen mit größter Aufmerksamkeit studieren und keine Zeit versäumen, sich einer oder mehreren derselben anzuschließen. Aber auch, wer in Europa den Arbeiterorganisationen noch ferngestanden, wird leicht begreifen, daß es für ihn von außerordentlichem Vorteil ist, wenn er in dem ihm fremden Lande einer solchen Organisation beitritt und sich so einen Rückhalt sichert, ohne den der eben Eingewanderte allerlei trübe Erfahrungen und vor allem der ungehinderten Ausbeutungsgier der amerikanischen Arbeitgeber preisgegeben ist.

Deutschlands Handel auf dem Weltmarkt.

Nachdem nunmehr die wichtigsten Kulturstaaten Mitteilungen über ihren Außenhandel im Jahre 1908 veröffentlicht haben, läßt sich eine Uebersicht darüber gewinnen, wo die wirtschaftliche Krise am stärksten ihren Einfluß geltend gemacht hat. Das Ergebnis ist, daß Deutschland am erheblichsten gelitten hat und noch leidet. In fast keinem Industrieland ist der Außenhandel so zurückgegangen wie in Deutschland; in manchen Staaten ist er gar in gleicher Höhe geblieben oder hat sich noch gehoben.

Das Jahr 1908 ist seit einer langen Reihe von Jahren das erste, in dem im gesamten Welthandel eine Abnahme der Umsätze eintrat. Vom Jahr 1907 auf 1908 verminderte sich in Deutschland die Gesamteinfuhr von 9569 auf 8301 Millionen Mark, die Gesamtausfuhr von 7441 auf 7018 Millionen Mark, in Großbritannien die Einfuhr von 13 174 auf 12 100 Millionen Mark, die Ausfuhr von 10 566 auf 9320 Millionen Mark, in Frankreich die Einfuhr von 4973 auf 4872 Millionen Mark, die Ausfuhr von 4476 auf 4217 Millionen Mark, in der Schweiz die Einfuhr von 1349 auf 1191 Millionen Mark, in Mexiko die Einfuhr von 487 auf 465 Millionen Mark, die Ausfuhr von 520 auf 509 Millionen Mark. In Italien erhöhte sich die Einfuhr von 2304 auf 2424 Millionen Mark, die Ausfuhr verminderte sich allerdings von 1559 auf 1486 Millionen Mark. Ein ähnliches Bild zeigt Oesterreich-Ungarn. Daselbst erhöhte sich die Einfuhr von 2126 auf 2152 Millionen Mark, wogegen sich die Ausfuhr von 2088 auf 1970 Millionen Mark verminderte. In Rußland war es ebenso: die Einfuhr vermehrte sich von 1515 auf 1614 Millionen Mark, indes die Ausfuhr von 2142 auf 2026 Millionen Mark abnahm. In Spanien verstärkte sich die Einfuhr von 752 auf 767 Millionen Mark, während die Ausfuhr von 742 auf 712 Millionen Mark zurückging. Zugenommen hat Einfuhr sowie Ausfuhr in Kanada, und zwar ganz erheblich, Argentinien, Britisch-Südafrika usw. In einigen Staaten ging zwar die Einfuhr etwas zurück, doch hielt sich die Ausfuhr auf gleicher Höhe oder vermehrte sich, wie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Norwegen u. a.

Man braucht nicht lange nach den Gründen zu suchen, aus denen der Außenhandel Deutschlands besonders den Krebsgang gegangen ist: die Zoll- und Steuerpolitik erklärt alles. Sie verschließt uns den Weltmarkt, powert den Arbeiter aus und macht ihn leistungsunfähig.

Eine Konferenz der Gewerkschaftskartelle Sachsens

fand Ende September in Dresden statt. Anwesend waren 66 Delegierte, die 53 Kartelle vertraten. Ueber die Förderung der Organisation der Hausangestellten und die sächsische Gesindeordnung sprach Ida Baar-Berlin. Sie wies auf die Notwendigkeit der Organisation hin, besprach die Härten der Gesindeordnung, besonders der sächsischen, und empfahl eine längere Resolution zur Annahme, in der die moralische Unterstützung der Kartelle für die Dienstboten-Organisation verlangt wird. Auskunftsstellen für Dienstboten zur Raterteilung sollen geschaffen werden und mit den städtischen paritätischen Arbeitsnachweisen zur Bekämpfung der die Dienstboten ausbeutenden gewerbsmäßigen Stellenvermittler in Verbindung getreten werden. — Ueber die Förderung der Organisation der Land-, Wald- und Wiesenarbeiter sprach der Vorsitzende, Genosse Georg Schmidt-Berlin. Redner meint, daß der in der Arbeiterschaft vorhandene Pessimismus über die Landarbeiter-Organisation nicht berechtigt sei. Schon jetzt lägen 2000 Anmeldungen vor. Redner besprach die in der Landwirtschaft üblichen Lohnformen, die Arbeitsverträge, das Wohnungswesen, die Stellenvermittlung und die Art der Agitation, die eine sehr vorsichtige sein müsse. Er erkennt an, daß die Partei wesentlich mit dazu beigetragen habe, diese Organisation ins Leben zu rufen. Er unterbreitet der Konferenz eine Reihe von Leitsätzen, die die materielle und moralische Förderung der Landarbeiter-Organisation fordern, die Bildung besonderer Kommissionen an den einzelnen Orten zur Betreibung der Agitation für den Landarbeiterverband verlangen, ferner die Sammlung von Material über rücksichtslose Behandlung, Rechtlosigkeit usw.

Nach einem Referat des Arbeitersekretärs Büttich-Leipzig über den Schutz der gewerblichen Arbeiter in Sachsen sprach Kollege Thiemig-Dresden über die gewerkschaftliche Agitation in Sachsen. Nach seinen Angaben gehören in Sachsen 11 000 Arbeiter den gelben Organisationen an, während die Zahl der in den freien Organisationen befindlichen Arbeiter und Arbeiterinnen 247 000 beträgt. Er vertritt die Meinung, daß in der Agitation die Stärkeren die Schwachen unterstützen müssen. Besonders weist er auf den Beschluß des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses hin, demzufolge die organisierten Arbeiter ihre Frauen und Töchter den Organisationen zuzuführen hätten. Darin hapere es noch sehr. Die Debatte über diesen Punkt war eine sehr lebhafte und drehte sich insbesondere um das Verhältnis zwischen Zentralverbänden und Kartellen. Allseitig wurde betont, daß ein friedliches Zusammenarbeiten notwendig sei.

Ueber die Handhabung des Vereinsgesetzes durch die sächsischen Behörden sprach Arbeitersekretär Buck-Dresden. Er brachte umfangreiches Material dafür bei, daß selbst unter dem Reichsvereinsgesetz die alten sächsischen Praktiken noch nicht ausgestorben seien, so betreffs der Gebührenfreiheit, der Veranstaltung von Lichtbildervorträgen, der Unterscheidung von kirchlichen und politischen Vorträgen, der versteckten Ueberwachung gewerkschaftlicher Versammlungen. — Eine Resolution, die die Anwendung des Reichsvereinsgesetzes im Sinne moderner Anschauungen fordert, wird einstimmig angenommen.

Genosse Göttfried-Dresden hält einen Vortrag über die Zentralisierung der Arbeitsnachweise und die Errichtung kommunaler Arbeitslosenfürsorge durch Staat und Gemeinde. Eine von ihm eingebrachte und nach kurzer Debatte einstimmig akzeptierte Resolution fordert Errichtung von kommunalen Arbeitsnachweisen auf paritätischer Grundlage, Arbeitslosenfürsorge durch Staat und Gemeinde. Die Resolution fordert ferner die Gewerkschaftskartelle auf, die Gemeindeverwaltungen an ihre sozialen Pflichten zu erinnern.

Es wird ferner eine Resolution angenommen, die das vielfach vorkommende polizeiliche Verbot des Streikpostenstehens aufs schärfste brandmarkt und die die Generalkommission auffordert, eine lebhafte Propaganda dagegen und gegen die Handhabung des § 153 zu entfalten.

Die Einberufung einer weiteren Konferenz soll dem Bedürfnis vorbehalten bleiben. Sie soll sich vor allem auch mit der Einrichtung von Arbeitersekretariaten, Auskunftsstellen und den dazu nötigen Vorbedingungen befassen.

Dann wurde die Konferenz, die zwei Tage gedauert, geschlossen.

Der „Bergknappe" wegen Beleidigung vor Gericht.

Wegen eines Schmähartikels gegen den Vorstand des Bergarbeiterverbandes sollte sich am Freitag der Redakteur Imbusch vom christlichen „Bergknappen" vor dem Schöffengericht in Essen verantworten. Es handelt sich um eine seitens der Christlichen mit vielem Aplomb verbreitete Schauermär anläßlich der Knappschafts-

Ueberfichts-Tabelle über die Arbeitslosigkeit im 3. Quartal 1909.

Gau	Zahlstellen	Mitgliederzahl am Schlusse des Quartals männl.	weibl.	zusammen	Zu- oder Abnahme gegen das 2. Quartal 1909	Arbeitslose Mitglieder (unterstützte und nichtunterstützte) männl.	weibl.	zus.	Von den Arbeitslosen bezogen Verbandsunterstützung (insgesamt im Quartal) a) am Orte: männliche Mitglieder	Zahl der Tage	Mark	weibliche Mitglieder	Zahl der Tage	Mark	b) auf der Reise: männliche Mitglieder	Zahl der Tage	Mark	weibliche Mitglieder	Zahl der Tage	Mark
1.	101	25 151	2 382	27 533	+ 314	1123	71	1194	873	10 756	12 810	47	752	454	563	1083	1254	—	—	—
2.	72	18 917	2 990	21 907	+ 496	836	103	939	532	6 447	7 530	67	1368	796	339	532	599	1	1	1
3.	35	3 760	661	4 421	+ 335	117	6	123	87	1 086	1 238	6	114	61	24	57	61	—	—	—
4.	48	10 360	587	10 893	— 175	452	21	473	256	3 122	3 652	10	191	104	112	275	312	1	2	1
5.	13	1 214	63	1 277	+ 360	10	3	13	7	64	67	—	—	—	1	2	2	—	—	—
6.	40	7 620	154	7 774	— 244	365	3	368	227	2 910	3 384	3	60	37	53	118	138	—	—	—
7.	15	6 074	2 776	8 850	+ 40	151	45	196	72	972	1 260	22	511	351	95	321	357	—	—	—
8.	23	4 898	1 151	6 049	+ 497	412	34	446	122	1 468	1 835	13	213	128	136	313	372	—	—	—
9.	27	4 289	735	5 024	+ 312	152	13	165	77	1 137	1 448	10	188	101	91	199	230	—	—	—
10.	21	6 217	355	6 572	— 281	221	10	231	125	1 277	1 505	7	129	72	180	248	275	—	—	—
11.	25	6 243	548	6 791	— 342	358	11	369	297	2 899	3 299	8	114	82	309	607	683	—	—	—
12.	20	2 597	165	2 762	+ 113	88	5	93	65	781	895	5	98	56	255	524	588	1	4	2
13.	52	25 326	2 358	27 684	+ 400	1085	111	1196	755	9 974	11 988	57	1150	679	704	1503	1758	1	4	2
Einzelmitglieder	—	100	6	106	— 61	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	492	122 712	14 931	137 643	+ 1764	5 370	436	5 806	3495	42 893	50 911	255	4888	2921	2862	5782	6629	4	11	6

Anmerkung. Folgende Zahlstellen haben die statistische Berichtskarte nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht eingesandt: Apenrade, **Aschersleben,** Biere, **Celle, Eilenburg, Fechenheim,** Freiburg, Gernsheim, Großenhain, Grevesmühlen, **Güstrow,** Iggelheim, Kahl a. M., Kalkberge, Kempten, Klein-Auheim, **Küpperstег, Lauf a. P.,** Löbau, Lorsch, **Luckenwalde, Lüneburg, Markranstädt,** Oldesloe, Penzig, Salzwedel, Uetersen, Vetschau, Wernigerode und Witten. (Außerdem einige mit geringem Mitgliederstand.)

wahlen. In einem Artikel des christlichen „Bergknappen" war behauptet worden, daß der Verbandsvorstand, speziell der Vorsitzende Sachse veranlaßt bezw. zugelassen hätte, daß bei der Knappschaftswahl von 1904 von einem Verbandsfunktionär anonyme Flugblätter verbreitet wurden, laut denen der christliche Führer Brust von den Zechenbesitzern mit 30 000 Mk. bestochen sein sollte.

Da der Beklagte zum Termin nicht erschienen war, beschloß das Gericht, einen neuen Termin anzuberaumen und den Angeklagten, wenn er auch zum nächsten Termine nicht erscheint, polizeilich vorführen zu lassen. Mit der Beweiserbringung für seine vagen Verdächtigungen scheint es der Redakteur des „Bergknappen" nicht so eilig und wichtig zu haben, wie mit der Verbreitung der Verleumdung.

Christliche Ehrabschneider.

Zu je 50 Mk. Strafe und zur Tragung der Kosten verurteilte das Amtsgericht Mannheim den Redakteur Bergmann vom Verbandsorgan des christlichen Metallarbeiterverbandes in Duisburg, sowie den Redakteur Kraus vom katholischen „Volksblatt" in Mannheim.

Anläßlich der Bauschlosserbewegung in Mannheim lehnte es der Metallarbeiterverband ab, die christlichen Führer zu den Verhandlungen zuzulassen, da bei diesen nur 42 Schlosser organisiert waren.

Dafür rächten sich die Christenführer mit einem in vielen Blättern nachgedruckten Artikel, in dem Genosse Schneider, der Geschäftsführer der Metallarbeiter, scharf angegriffen wurde. Unter anderm war behauptet worden, daß er streikenden Arbeitern anstatt Unterstützung Schläge mit dem Pfarrenschwanz angedroht habe. Diese Behauptung konnten die Christenführer, nachdem Schneider mit Beleidigungsklage vorging, nicht beweisen.

Der liebe Gott als Arbeitgeber.

Im „Tiroler Volksboten" findet sich folgende fromme Mahnung an die Arbeiter:

„Mein lieber Arbeiter, dein eigentlicher Arbeitgeber ist nicht ein Fabriksherr, sondern der liebe Gott, du mußt also ihm zuliebe jede Arbeit verrichten. Gott ist auch der eigentliche Zahler, der Fabriksherr ist nur der Unterbeamte Gottes. Der irdische Lohn ist nur Abschlagszahlung, die Hauptsumme steht bei Gott in Kredit; den eigentlichen, ewigen, herrlichen Lohn hebt Gott fürs ewige Leben auf .... Bei dieser Würde wird jede Rechnung dir leicht, jede Arbeit süß und trotz Plage das Herz des Arbeiters voll Zufriedenheit. Denn er fühlt sich, da er für Gott arbeitet, reicher als alle Börsenbarone und weiß, daß er nur scheinbar schlecht gestellt ist."

Das ist aber wirklich nicht nett vom lieben Herrgott, daß er die Abschlagszahlung, mit deren Auskehrung er seine Unterbeamten betraut, so knapp bemessen hat, und daß er ihnen die Hauptsumme ihres Lohnes so lange schuldig bleibt, bis sie sich dieselbe da oben selbst abheben können. Nein, das ist nicht recht, jeder Arbeiter ist seines vollen Lohnes wert, das sollte doch auch dem allwissenden Herrgott bekannt sein, und daher ist die Bitte wohl berechtigt, er möge seine „Unterbeamten" anweisen, die im Kreditkonto stehenden Summen auszuzahlen, da die Arbeiter auf Erden infolge der Lebensmittelverteuerung ihren Lohn notwendig brauchen und ihn dem lieben Herrgott nicht bis ans Lebensende pumpen können.

Ein merkwürdiges Gebet.

„O Herr, nimm meinen ganzen Verstand, meine Freiheit, mein Gedächtnis, meinen Willen ...", so heißt es auf Seite 233 des neuen „Regensburger Gesangbuchs" für die katholische Kirche. Da die „Bayerische Lehrerzeitung" dies Gebet als Unsinn bezeichnet, entrüstet sich das „Fränkische Volksblatt" des klerikalen Abgeordneten Held[?]enberger und schreibt, daß das Gebet, vom Heiligen Ignatius stammend, bisher von Tausenden gebetet wurde. Dieses Gebet ist jedenfalls vollständig überflüssig, denn die es beten, haben ihren Wunsch bereits erfüllt.

Eingegangene Schriften.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Leipzig vom 12. bis 18. September 1909.

Aus den Verhandlungen erwähnen wir besonders: **Schnapsboykott — Erbschaftssteuer** — Maifeier — Internationaler Kongreß — **Reichsversicherungsordnung.** Preis brosch. 1,25 Mk., geb. 1,75 Mk. Auf gutem holzfreien Papier brosch. 2,50 Mk., geb. 3,50 Mk. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen und Buchhandlungen sowie direkt vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

Biblische Geschichten. Unter diesem Gesamttitel beginnt im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, soeben eine Broschürenserie zu erscheinen, die zum geschichtlichen Verständnis der Religion beitragen soll. Verfasser ist der Genosse Max Maurenbrecher.

Heft 1. Schöpfungsgeschichten, gelangte soeben zur Ausgabe. Dasselbe enthält folgende Kapitel: Die verschiedenen Schöpfungsgeschichten der Bibel. — Die Geschichte von Mann und Weib. — Die Geschichte vom verlorenen Paradies. — Die Geschichte von der Schöpfungswoche. Jedes Heft kostet 1,— Mk. Volksausgabe 0,40 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Zeitungsspediteure und Kolporteure. Prospekte auf Wunsch gratis und franko vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

In Freien Stunden. Wochenschrift für Arbeiterfamilien. Preis 10 Pf. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Die Hefte 39 und 40 sind erschienen.

Neuland des Wissens. Halbmonatsschrift für Natur- und Gesellschaftskunde. Herausgegeben von W. H. Boege und E. W. Trojan. Zu beziehen durch alle Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 1,25 vierteljährlich, bei Zusendung als Drucksache 5,75 Mk. jährlich. Inhalt des 1. Heftes: Zur Einführung. Der Mond und die Entstehung der Planetenmonde. Die Blutsverwandtschaft zwischen Mensch

und Affe. Die Größenverhältnisse der Menschen und ihre Ursachen. Grundlagen der Religion usw.

Der Bibliothekar Nr. 7 ist soeben erschienen. Die zwölf Seiten starke Nummer enthält folgende Beiträge:

Ueber Archivwesen. Von Ingenieur R. Woldt. — Zur Bekämpfung der Schundliteratur. Von W. Scharrelmann. — Die Naturkunde in den Volksbibliotheken. Von Dr. -d. — Eine Versammlung der Bibliothekare. — Bücherbesprechungen. — Zusammenstellung der Bücherbesprechungen. — Werbe-Flugblätter für Bibliothekare. Von G. Hennig. — Verbringen der Bücher in die Wohnungen der Leser, von Jhl. — Bibliothekberichte: Elberfeld-Barmen. — Der Internationale Kongreß der Bibliothekare, von Jhl. — Notizen und Sprechsaal.

Es ist zu wünschen, daß alle Arbeiterbibliotheken das äußerst anregende Fachblatt abonnieren.

Eine Spinne verrichtet Operationen, die denen des Webers ähneln, und eine Biene beschämt durch den Bau ihrer Wachszellen manchen menschlichen Baumeister. Was aber von vornherein den schlechtesten Baumeister vor der besten Biene auszeichnet, ist, daß er die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut.

Karl Marx. Das Kapital.

Verbandsnachrichten.

Vom 12. Oktober ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:

Nienburg a. W. 235,24. Soltau 120,44. Jena 2,50. Dresden 595,32. Breslau 400,—. Waltershausen 400,—. Lübtheen 371,21. Schönebeck 294,13. Langelsheim 268,24. Eutin 252,47. Genthin 251,80. Egeln 225,61. Bornhöved 209,40. Tangermünde 186,24. Naumburg a. S. 181,70. Stolp i. P. 167,79. Ladenburg 161,86. Nordenham 153,84. Sebnitz 151,98. Lauenburg a. E. 151,49. Havelberg 147,88. Herzfelde 146,35. Schöningen 128,74. Schönberg i. M. 109,48. Anklam 84,74. Maudach 83,78. Rudolstadt 76,48. Badenhausen 70,60. Ilmenau 70,28. Grünberg i. Schl. 65,30. Oberramstadt 61,36. Guben 48,92. Michendorf 45,12. Hasselfelde 23,72. Treptow 22,46. Löcknitz 22,16. Gelsenkirchen 15,72. Emmerich 13,48. Königstein 4,64. Freienwalde 1,80. Frankfurt a. M. 1566,71. Stettin 952,96. Zwickau 730,12. Striegau 658,72. Kassel 607,82. Stuttgart 588,33. Mühlberg 458,21. Rendsburg 413,10. Nienburg a. S. 390,32. Bielefeld 361,92. Kolbermoor 316,76. Oberkotzau 304,04. Weißwasser (O.-L.) 296,74. Beuthen (O.-Schl.) 268,37. Westerland 219,02. Schötmar 185,68. Sommerfeld (N.-L.) 162,06. Moschendorf 134,54. Woldenberg 119,76. Gollnow 103,90. Witten 77,30. Zittau 71,76. Vietz 64,34. Neu-Oedernitz 42,70. Pahlhude 32,72. Hausham 31,62. Rastenburg 30,46. Bischofsgrün 20,80. Oppeln 18,30. Eggesin 12,12. Eli 7,70. H. A. 5,—. Brunsbüttelkoog 2,50. Stadthagen 75,10. Lage 27,60. Augsburg 1125,59. Harburg 800,—. Kolberg 596,62. Brieg 412,14. Aschersleben 303,80. Duisburg 259,35. Liegnitz 237,65. Dittersbach 178,40. Finsterwalde 176,96. Friedland i. M. 160,52. Gößnitz 145,28. Jatznick 139,78. Freiberg i. S. 137,57. Biere 135,20. Neustadt i. H. 130,60. Darmstadt 124,72. Ostersheim 122,74. Driesen 92,92. Lunzenau 62,76. Haynau i. Schl. 57,12. Radeburg 53,81. Annaburg 40,02. Minden i. W. 39,36. Hagen i. W. 28,88. Groitzsch 16,—. Schifferstadt 12,12. Haßloch 9,42. Friedland (Bez. B.) 2,50. Koswig (Anh.) 1382,96. Pommerensdorf 576,36. Rheinfelden 520,61. Aken 500,—. Bromberg 466,39. Markranstädt 443,80. Thale 406,44. Gmund 306,10. Osnabrück II 304,09. Kaiserslautern 227,32. Aken 157,34. Greifswald 128,82. Kottbus 113,02. Jastrow 71,20. Bamberg 69,40. Küstrin 45,86. Alzey 43,44. Kahl a. M. 39,12. Bad Reichenhall 36,96. Jockgrim 28,16. Ziegenhals 23,28. Goch 10,56. Hamburg 5,—. Bergedorf 1,10. Schönheide 20,—. Altenburg (S.-A.) 1600,—. Glückstadt 1314,88. Kiel 691,32. Roßlau 556,60. Velten 547,41. Parey 446,78. Wismar 320,94. Vetschau 279,22. Greifenhagen 200,84. Auerbach 188,47. Bautzen 166,30. Treuenbritzen 89,26. Altrip 76,02. Schonungen 69,32. Kyritz 46,08. Wildenfels 32,80. Bad Schmiedeberg 20,58. Lüneburg 1332,80. Höchst a. M. 1892,42. Detmold 101,09. Leipzig 800,—. Köln 600,—. Barby 473,31. Göppingen 425,34. Karlsruhe 316,52. Schwaan 311,80. Barmstedt 265,84. Preetz 229,04. Fechenheim 221,04. Konstanz 193,54. Löbau 192,74. Langenöls 136,92, Ratzeburg 120,20. Zehdenick 120,—. Erlangen 93,89. Eschershausen 84,52. Freiwaldau 44,48. Oederan i. S. 41,62. Wollenstein 40,72. Landshut 34,56. Elbing 25,08. Lebbin 15,08. Proletarier 3,50. Langelsheim 2,50. Itzehoe 2,50.

Schluß: Montag, 18. Oktober, mittags 12 Uhr.

Fr. Bruns, Kassierer.

Berichtigung: In Nr. 42 muß es heißen: Aue 101,32, nicht Zschopau.

Die Abrechnung für das 2. Quartal 1909 haben eingesandt:

Soltau, Nienburg a. Weser, Görlitz, Heidingsfeld, Oberkotzau, Egeln, Groß-Rhüden, Sebnitz, Naumburg, Hasselfelde, Gelsenkirchen, Neustettin, Badenhausen, Lübtheen, Tangermünde, Pahlhude, Vietz, Herzfelde, Emmerich, Genthin, Bornhöved, Halle a. S., Driesen, Grünberg, Guben, Löcknitz, Weißwasser, Ilmenau, Westerland a. Sylt, Höchst, Kolberg, Michendorf, Anklam, Stolp i. P., Striegau, Lauenburg, Wunsiedel, Oberramstadt, Elsterwerda, Langelsheim, Oppeln, Hausham, Gollnow, Woldenberg, Neu-Oedernitz, Treptow, Wollenstein, Rendsburg, Bischofsgrün, Jatznick, Witten, Mühlberg, Zwickau, Ragnit, Schwarzerberg, Schifferstadt, Beuthen, Gößnitz, Sommerfeld (N.-L.), Augsburg, Friedland i. M., Minden, Nienburg a. S., Stadthagen, Lage, Bielefeld, Schötmar, Eggesin, Weißenfels, Aschersleben, Radeburg i. S., Ludwigshafen, Köthen, Kottbus, Bamberg, Jastrow, Dittersbach, Schöningen, Bromberg, Mutterstadt II u. III, Jockgrim, Einbeck, Köln a. Rh., Frankfurt a. M., Stettin, Dresden, Eutin, Schönberg i. M., Biere, Pforzheim, Liegnitz, Haynau, Brieg, Duisburg, Hagen i. W., Kolditz, Haßloch, Finsterwalde, Lunzenau i. S., Kaiserslautern, Moschendorf, Annaburg, Penig, Ziegenhals, Havelberg, Küstrin, Uetersen, Schonungen, Thale, Geithain, Kassel, Gmund a. T., Eisenach, Darmstadt, Aken a. E., Pommerensdorf, Goch, Greifswald, Reichenhall, Freiberg i. S., Ladenburg, Neustadt i. Holstein, Kahl a. Main, Barby, Auerbach i. S., Lebbin, Velten, Greifenhagen, Wismar, Oggersheim, Kyritz, Schönheide, Alzey, Vetschau, Glückstadt, Bautzen, Rudolstadt, Detmold, Freiwaldau, Osnabrück II, Zittau, Zehdenick, Weimar, Schmiedeberg i. R., Parey a. E., Rheinfelden, Habelschwerdt, Heidenheim, Lüneburg, Ratzeburg, Harburg a. E., Langenöls, Barmstedt, Eschershausen, Wildenfels, Karlsruhe, Radeberg i. S., Eilenburg, Altrip, Erlangen, Göppingen, Heubach, Bad Schmiedeberg b. Halle.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

Nr. 112 330 für Franz Nehring, eingetreten am 10. Dezember 1905 in Koswig i. A.

Nr. 316 060 für Albin Handwerk, eingetreten am 4. April 1908 in Erfurt.

Nr. 250 763 für Fritz Schröder, eingetreten am 10. Juli 1907 in Hamburg.

Nr. 186 138 für Georg Kromer, übergetreten am 1. August 1906 in Heilbronn.

Nr. 60 384 für Ernst Kretschmar, eingetreten am 28. Januar 1900 in Ludwigshafen a. Rh.

Mitgliedskarte Nr. 40 390 für Otto Clemens, eingetreten am 19. Juni 1909 in Koswig i. A.

Mitgliedskarte Nr. 28 600 für Gustav Gaßmann, eingetreten in Stuttgart.

Mitgliedskarte Nr. 46 607 für Robert Bengsch, eingetreten am 8. Juli 1909 in Magdeburg.

Nr. 33 910 für Rudolf Wetje, eingetreten am 1. April 1906 in Wilster.

Mitgliedskarte Nr. 51 828 für Joseph Nowatzki, eingetreten am 10. Juli 1909 in Herzfelde.

Mitgliedskarte Nr. 47 303 für Luigi Spizzo, eingetreten am 28. August 1909 in Stuttgart.

Ausgeschlossen

wegen Streikbruchs ist das seitherige Mitglied der Zahlstelle **Eutin**

August Brandis, Buch-Nr. 22 345, eingetreten am 2. April 1905, und

das bisherige Mitglied der Zahlstelle **Hildesheim**

Anton Paschke, Buch-Nr. 46 605, eingetreten am 20. Januar 1904,

ferner auf Grund § 7d des Statuts das seitherige Mitglied der Zahlstelle **München**

Georg Kaiser, Buch-Nr. 306 547, eingetreten am 7. März 1908.

Neue Adressen und Adressen-Aenderungen.

Düren (Rheinland). Johann Siepen, Grünstraße 2, II.

Düsseldorf. H. Reuß, Augustastraße 25. Reiseunterstützung wird ausbezahlt im Gewerkschaftshause, Wallstraße, von 5 bis 6 Uhr.

Driesen. Ernst Buchholz, Schulgasse 1.

Essen. Ed. Tretzoks, Kampenstraße 82.

Fechenheim. Hermann Diehl, Engelgasse 2.

Gelsenkirchen. Karl Luther, Rotthausen, Gartenbruchstraße 36.

Köln. Otto Just. Wilhelmstraße 17.

Lübtheen. O. Fuhrmann, Klingenbergstraße.

Neustadt a. Aisch (Gau 8). Kaspar Winkler, Vordere Buchstraße 85½.

Oldesloe. Joh. Petersen, Pölitzerweg 24, I.

Pforzheim. Gottlob Kappler, b. Villa Rau, Weierberg.

Reichenhall. Marie L., geb. Resl, Gruttensteingasse 6.

Rudolstadt. Karl Liebchen, Schwarza, Ziegenheimerstraße 9.

Trebnitz. Fritz Pohl, Bergstraße 3.

Visselhövede. (Gau 1.) Wilhelm Albers, Eulenkamp.

Waltershausen. Emil Piepsa, Bahnhofstraße 15, ptr.

Weimar. G. Reinert, Unterer Thüringerhof 5.

Briefkasten.

Laufigk. Bericht über den Streik lief für vorige Nummer zu spät ein.

K. M. in T. Das Gedicht eignet sich nicht zur Aufnahme.

* * *

Wir machen noch einmal darauf aufmerksam, daß im Januar 1910 eine Arbeiter-Dilettanten-Kunst-Ausstellung im Berliner Gewerkschaftshause stattfindet, und bitten wir alle, die in ihren Mußestunden vielleicht Gemälde, Zeichnungen, kunstvolle Handwerksarbeiten in Glas, Ton, Metall, Holz usw. verfertigt haben, dringend, sich mit dem Veranstalter derselben, Herrn Adolf Levenstein, Berlin W. 30, Neue Winterfeldtstraße 36, in Verbindung zu setzen. Schluß der Annahme der Ausstellungsobjekte am 5. November. Irgend welche Kosten entstehen den Ausstellern nicht.

Inserate.

Zahlstelle München.
Agitationsleiter gesucht.

Bewerber muß schrift- und redegewandt und mindestens 4 Jahre gewerkschaftlich organisiert sein. In der Bewerbung ist die Tätigkeit eines Agitationsleiters anzugeben und ein Lebenslauf beizufügen.

Selbstgeschriebene Offerten sind bis 30. Oktober an **Hans Frey, Tattenbachstr. 6/0,** zu richten.

Die Anstellungs-Kommission.

Beilage zum Proletarier.

Nummer 43. Hannover, 23. Oktober 1909. 18. Jahrg.

Aus der chemischen Industrie.

Chemisches Arbeiterelend in Versen.

Die heutige kapitalistische Ausbeuter„ordnung" vereinigt in der chemischen Industrie die tollsten Gegensätze. Nicht bloß die bekannten ungeheuerlichen Kapitalgewinne und die ungewöhnlich niedrigen Löhne mit übermäßiger Arbeitszeit und steigender Unfallhäufigkeit, sondern auch die verzerrte Abspiegelung dieser krassen Gegensätze in den Köpfen der Beteiligten: überreiche Ausbeuter, die das chemische Arbeiterelend, auf dem sie fußen, als naturnotwendig nicht bloß, sondern auch als schönste Gesellschaftseinrichtung preisen; Feste zu Ehren der fürstlich besoldeten Direktoren, bei denen die Segnungen der Technik für den Kapitalprofit verherrlicht, aber den Arbeitern das Recht abgesprochen wird, ihrerseits aus den Fortschritten der chemischen Technik Nutzen zu ziehen. Kurz — ein wahrer Hexenkessel voll Widersprüche, in dem diese unausgeglichen durcheinanderbrodeln und für dessen Inhalt bürgerliche Köpfe weniger als jemals die richtige wissenschaftliche Scheidungsmethode gefunden haben. Und in diesen Hexenkessel gehört das neueste Erzeugnis dieser unausgeglichenen Gegensätze: eine dichterische Verherrlichung des chemischen Arbeiterelends zum Ruhme des rücksichtslosesten Ausbeutertums.

Durch fortlaufende Mitteilungen hat der „Proletarier" die chemischen Arbeiter darüber unterrichtet, wie echt kapitalistisch einer der berüchtigtsten Scharfmacher unsrer Industrie in Deutschland, Direktor Dr. Duisberg von der Firma Bayer u. Ko. in Elberfeld-Leverkusen, sein 25 jähriges Angestelltenjubiläum in diesem Betriebe gefeiert hat. Geschenke über Geschenke an die Arbeiter aus den Riesentantiemen, die dem Jubilar alljährlich nur deshalb zufließen können, weil die gesundheitsvernichtende Arbeit in seinem Betriebe tief, tief unter der Summe der Marktwerte, die sie schaffen hilft, bezahlt wird; anscheinend hochherzige Zuwendungen aus demjenigen, was die Gesetze der heutigen Wirtschaftsordnung den chemischen Arbeitern noch mehr als den andern bei der Lohnbemessung entziehen; dazu Prämien für schöne Wohnungsausstattungen, die für den chemischen Arbeiter in seiner Masse stets Luftspiegelung bleiben, und zum Schluß gar noch „Erinnerungszeichen" an das Fest des Ausbeuters für jeden ausgebeuteten Proletarier — das alles wäre eigentlich schon genug an schreienden Widersprüchen! Nun kommt aber gar noch ein angeblich dichterisch veranlagter Schüler oder Angestellter von Dr. Duisberg und bringt jene Gegensätze in Reime und Verse, die er zu einem Jubiläumsfestspiel formte und in der Elberfelder Stadthalle nach bürgerlichen Zeitungen „mit großem Erfolge" aufführen ließ.

Das Spiel führt in die Stube eines akademischen Gelehrten, der gerade im Begriffe steht, einen seiner besten Schüler an das Leben abzugeben, und nun „zu seinem großen Schmerz" erfährt, daß auch dieser Schüler dem modernen Zuge zur Technik folgen will. Der Schüler begründet seinen Entschluß in folgenden Versen, für deren Holprigkeit wir natürlich jede Verantwortung ablehnen:

„Das Höchste dünkt mich, was uns mag gelingen,
wo Wissenschaft sich zeigt nach vollstem Wert,
es ist, der Menschheit in des Daseins Ringen
zu leihen Notdurft, Schild und Schwert;
des Lebens Bahn mit Gütern ihr zu schmücken
wertvollen Malen in der Zeiten Spur,
die Welt mit frohen Gaben zu beglücken,
zu schaffen treu am Werke der Kultur:
Die dieses Ziel gewählt, mich drängts zu ihnen;
Dem Stolz der Zeit, der Technik will ich dienen!"

Bekanntlich ist das ungefähr auch die Auffassung der organisierten und aufgeklärten Arbeiter von der Aufgabe der Wissenschaft und ihrer Anwendung in Produktion und Staatsordnung. Alle Fortschritte des Maschinenwesens, der chemischen Scheidungs- und Verbindungsmethoden, der Arbeitsteilung und des Verkehrs sollten dazu dienen, für alle Beteiligten „des Lebens Bahn mit Gütern zu schmücken", „die Welt mit frohen Gaben zu beglücken, zu schaffen treu am Werke der Kultur". Wenn dies erzielt werden soll, so muß natürlich jede Arbeit bei der Produktion so bezahlt werden, daß ihre Verrichtung keine Not an Leben und Gesundheit leidet. Unter einem bestimmten Mindestmaß von Einkommen, z. B. unter 2000 Mark, dürfte kein verheirateter Mann entlohnt werden, wenn er bei den heutigen Bedürfnisartikelpreisen im Sinne der „Kultur" mit seiner Familie leben soll. Je gefährlicher und widerwärtiger seine Arbeit ist und je weniger sie ihm wegen der notwendigen Arbeitsteilung an sich Befriedigung gewährt, desto kürzer müßte die Arbeitszeit und desto höher die Entschädigung sein. Das wäre „geschafft am Werke der Kultur". Dann hätten auch die einfachsten Arbeiter einen zwar bescheidenen, aber doch einen Anteil an den das Leben „schmückenden Gütern". Daß diejenigen, die auf der körperlichen und geistigen Stufenleiter der Begabungen noch mehr leisteten, als der einfache chemische Arbeiter, entsprechend höher gelohnt würden, dagegen wäre gar nichts einzuwenden. Wenn sie nur ihre höheren Einkünfte lediglich verzehren müssen, aber nicht etwa zur kapitalistischen Ausnutzung Dritter benutzen dürfen, indem sie die Mittel der Technik aufkaufen und den Bruder Arbeiter mit dem geringsten Lohne abfinden, bei dem er gerade noch vegetieren kann — was bekanntlich heute der „gesetzliche" Zustand ist. In seinen Anfangsversen will ja das der Dichter auch gar nicht. Er will mittels der Wissenschaft der ganzen „Menschheit in des Daseins Ringen verleihen Notdurft, Schild und Schwert". Und zur „Menschheit" gehören doch wohl auch die einfachen chemischen Arbeiter, die von den „frohen Gaben" nicht ausgeschlossen werden sollen.

Es sieht also aus, als werde der chemische Festspieldichter dazu kommen, eine neue und bessere soziale Ordnung als die heutige, bei der nicht mehr dem einen fast alles, dem andern aber nichts bleibt, zu besingen und zu preisen. Aber da verwickelt er sich auf einmal in jene Widersprüche, die das Wesen der heutigen Einkommensverteilung ausmachen und in der chemischen Industrie so besonders kraß hervortreten. Sein Widerpart, der alte Professor, macht ihn sehr richtig auf diesen Widerspruch aufmerksam. Er wendet gegen den guten Vorsatz, die Leistungen und Segnungen der Wissenschaft und Technik heute allen Teilen der Menschheit, also auch den Arbeitern, zugänglich zu machen, den Hinweis auf die tatsächlichen traurigen Verhältnisse ein. Er sagt dem dichtenden Festschwärmer:

„Gar zweifelhaft ist der Gewinn
gebt ihr als Einsatz dafür hin
des Volks Gesundheit, Volkes Mark!
Der Mann der Arbeit, blühend, stark,
in eurem Dienst wird er verbraucht:
der Ofen glühend, der Schornstein raucht,
in dunkeln Räumen giftdurchweht
der Aermste an der Arbeit steht
bei kargem Brot, tagaus, tagein,
mit siechem Leib; ein elend Sein!"

Worauf der Chemiker dem Alten Bilder der modernen Fabrikanlagen in Leverkusen zeigt, die den Schüler zu heller Begeisterung hinreißen, dem Alten aber nur zu erneuter Warnung Anlaß geben:

„Wie leicht sich Jugend blenden läßt!
Ihr seht den Schein nur und vergeßt
was alles mag dahinter stecken."

Er sieht hinter dem allen nur Not, Elend und Qual. Sei erst der Mensch, ob Arbeiter, ob Ingenieur,

„an die Maschine angeschirrt
bald selbst er zur Maschine wird,
im Räderwerk der großen Uhr
ein kümmerliches Rädchen nur!"

Besser kann man gar nicht sagen — wir meinen natürlich nicht die Verse, sondern nur den Inhalt! —, wie wenig heute noch die Beglückung der „Menschheit" durch Wissenschaft und Technik verwirklicht ist. Richtiger kann gar nicht herausgehoben werden, wie heute aller Schmutz und alle Last harter Arbeit bei ungenügender Bezahlung und unter Ausschluß von jeder Kultur auf die werktätige Masse abgeladen und die Vorteile der Wissenschaft und Technik nur wenigen zugewendet werden. Die Gesellschaftswissenschaft hat diese ungleiche Verteilung und ihre Ursache, den Privatbesitz an ausbeutenden Kapital, längst festgestellt und als Mittel für die Erreichung einer gerechteren Einkommenverteilung die Verstaatlichung der Betriebe, die Ueberführung in Volkseigentum und die Bewirtschaftung nicht mehr für einzelne, wenige, sondern für die Gesamtheit der Volksgenossen, eben für die „Menschheit", angegeben. Für diese Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung und für die einzige große Macht, die sie anstrebt und herbeiführen wird, weil sie allein an ihr interessiert ist, für die klassenbewußte Arbeiterbewegung und den Sozialismus, müßte also der Elberfelder Festspieldichter seine Leier schlagen. Statt dessen besingt er plötzlich das Gegenteil von Kultur und Volksbeglückung, die heutige Fabrikausnutzung großer Proletariermassen durch das chemische Kapital und seine Direktoren, ja mehr noch, er preist das ausbeutende Menschenherrentum, dessen einseitigem Wohlergehen das Elend unzähliger zu dienen hat! Diesem Fabrikherrentum mit allen seinen kulturwidrigen Folgen jubelt er in folgender Poesie zu:

„Doch höher noch preis ich die Kunst
des, dem vom Schicksal ward die Gunst
mit Menschenkräften frei zu schalten,
als **Herrscher** über sie zu walten,
den rechten Mann an jeden Ort
zu stellen und mit seinem Wort
die Kräfte richtig zu bewegen!
Durch eines einzigen Fingers Regen
die Vielheit großer Menschenmassen
als Organismus wirken lassen."

Verschwunden ist auf einmal das schöne Ziel der Wissenschaft, „der Menschheit in des Daseins Ringen zu leihen Notdurft" und „mit frohen Gaben sie zu beglücken". Wenn sich nur einige vom Glück und der Natur Begünstigte als „Herrscher" über der „Vielheit großer Menschenmassen" betätigen können — dann klingt des Sängers Leier! Daß dieses kapitalistische „Herrschertum" der heutigen Wirtschaftsordnung die Massenkultur geradezu verhindert und Hunderttausende von Volksgenossen in schnöder Unfreiheit und im Elend hält, um seine Profite ins Ungemessene zu steigern — davon schweigt des Sängers Höflichkeit. Er sieht nur das persönliche Kraftgefühl kapitalistischer Ausbeutergeneräle und begeistert sich an ihm — die bescheidenen Organisatoren der Arbeiterbewegung, welche die gewerkschaftlichen Organismen formen, die zur Eroberung der Arbeiterkultur aus den

Arbeiterleben.

II.

Im Alter von elf Jahren half Wenzel beim Bau eines bescheidenen Wohnhauses der Eltern. Er mußte Ziegel tragen und Wasser holen. In der folgenden Zeit sehen wir ihn dann als Harmonikaspieler (Bettelmusikant) von Tür zu Tür vor die Häuser der Nachbarorte ziehen und Mehl, Brot, manchmal auch etwas Geld und andre milde Gaben in Empfang nehmen. Wenn der Lohn des Vaters nicht reichte oder wenn dieser auswärts arbeitete und nicht genügend oder gar kein Geld schicken konnte, bildeten diese Gaben die einzige Ernährungsquelle für die Familie. Deshalb drängte auch die Mutter ihn immer wieder, spielen zu gehen, obgleich Wenzel gegen diese Beschäftigung einen heftigen Widerwillen empfand und die damit verbundenen Demütigungen ihm das Leben verleideten.

Diese Tätigkeit bildete den Abschluß der Schulzeit, soweit von einer solchen überhaupt geredet werden kann. Nun kommt die körperliche Arbeit. Diese Arbeit war so abwechselnd und vielseitig, daß es beinahe unmöglich ist, an dieser Stelle alle ausgeübten Beschäftigungsarten aufzuzählen. Fast nirgends war die Arbeit von längerer Dauer, dabei tritt aber in der Erzählung überall hervor, daß nicht Unfähigkeit, Faulheit oder ähnliches die Ursache der vielen Arbeitsstellen war. Einmal erklärt sich das aus der Beschäftigung als Kampagnearbeiter in Ziegeleien und Zuckerfabriken, dann nötigte in den späteren Jahren mehrfach auch die Tätigkeit in der Arbeiterbewegung zum ungewollten Verlassen der Arbeit.

Wir finden in der Folge den Verfasser als Ziegeljungen, Zuckerfabrikarbeiter, Erdarbeiter, Ziegler, Arbeiter in einer Glasfabrik, Agent, Lagerarbeiter, Bauarbeiter, Redakteur, Träger, Kaufmann, Ziegelmeister, Ziegelkarrer, Fahrradhändler u. a. Aber trotz dieser Vielseitigkeit hat er es nicht weit bringen können und heute noch ist der Fünfundvierzigjährige einfacher Arbeiter in den Siemenschen Glasfabriken in Dresden, der gegen einen Wochenlohn von 15 bis 17 Mark tagtäglich Asche und Schlacken aus dem Glasofen karren muß.

Uns interessiert hauptsächlich die Arbeit in den Ziegeleien und Zuckerfabriken. Zunächst muß der der Schule kaum Entwachsene dem Vater in der Ziegelei helfen. Er muß die vom Vater verfertigten Ziegel sortiragen. Später erlernt er das Ziegelmachen. Dreimal macht er als Kampagnearbeiter nach Sachsen und im Herbst wieder nach Böhmen zurück.

Die Arbeitsverhältnisse und Arbeitszeit in Ziegeleien schildert Holek an einer Stelle wie folgt:

„Der Ziegelmachertag muß mindestens von vier Uhr früh bis acht Uhr abends dauern, wenn man etwas über den gewöhnlichen Tagelohn verdienen will. Drei Gulden gab es für das Tausend Ziegel, wenn sie fix und fertig unter dem Schuppen standen. Regnete es einmal und sie zerschwammen auf dem Platze, dann bekam man überhaupt nichts dafür. Am schlechtesten war es, wenn man die Ziegel auf dem Platze liegen hatte und ein Regen kam, und dann schien die Sonne wieder, dann bekamen sie querdurch Risse, mußten weggeworfen werden und waren ebenfalls umsonst gemacht."

Neben den geringen Löhnen und der langen Arbeitszeit bei schwerer, aufreibender, ungesunder Arbeit, wodurch die Arbeiter vor der Zeit steif und abgebraucht werden, sind bekanntlich die Wohnungsverhältnisse auf Ziegeleien meist ganz miserable. Das Buch gibt dafür treffende Belege.

Daß die Ziegeleiarbeiter wegen ihrer miserablen Arbeitsverhältnisse schwer zu organisieren sind, wissen alle in der Organisation stehenden Kollegen. Holek bestätigt dieses durch folgende Ausführungen, die gleichzeitig einen Einblick in die Gedankenwelt dieser Arbeiter geben:

„Unter den Schuttendorfer Leuten, die immer noch dort in der Ziegelei arbeiten, ist es mir auch gelungen, etwas mehr Zeitungen, Broschüren und Flugblätter unter sie zu bringen. Das Beste und Brauchbarste, womit ich ihnen dienen konnte, schien ihnen das Haussuchungsgesetz zu sein. Das mußte ich sofort von Prag besorgen, weil sie so gern wissen wollten, wie und wann ein Gendarm bei ihnen Haussuchung vornehmen dürfe, wenn sie wieder nach Hause zurückkämen und auf Holzdiebstahl in den Wald gehen würden. . . . Unsre Arbeit (Agitationsarbeit für die Organisation. D. R.) brachte wenig Früchte, denn die Ziegler ließen sich trotz oder gerade wegen ihrer schweren Lage zur Organisation sehr schwer bewegen." Den Leuten waren die Bestimmungen über die Haussuchung bei Holzdiebstahl wichtiger, als der Anschluß an die Organisation.

Holek hat in den Ziegeleien die verschiedensten Verrichtungen ausgeübt. Er war Ziegeljunge, Ziegelmacher, Ziegelkarrer und einmal auch Ziegelmeister. In einem kleineren Betrieb, in dem der Vorgänger viele schlechte Steine hergestellt hatte, erhielt er die Meisterstelle. Sein Bestreben war, bessere Steine zu liefern, als sein Vorgänger, was ihm auch nach vieler Mühe gelang. Ein richtiger Ziegelmeister nach dem Herzen des Unternehmers wurde er nicht. Warum, darüber gibt die folgende Stelle des Buches Auskunft:

„Eines Tages", erzählt Holek, „kam ich ins Kontor. Der alte Herr (der Besitzer) saß allein darin. Als er mich dann über Verschiedenes im Betriebe ausgefragt hatte, trat er näher zu mir, sein Blick schien mir zwar mitleidig, aber aus seinem Munde kamen Worte, durch die ich so betroffen wurde, daß mir schwindelte. „Hören Sie, Meister! Mit uns beiden wird es wohl doch nicht gehen", sagte er langsam, als wäre er doch noch nicht recht schlüssig über das, was er wollte. „Weshalb denn nicht, Herr Schütze? Haben Sie vielleicht an der Ware noch etwas auszusetzen?" „Das nicht! Aber sehen Sie, Sie sind mit den Leuten zu gut. Und Sie werden auch nicht anders. Denn das liegt offenbar so in ihrer Natur. Mit diesen Menschen muß man energisch umgehen. Wenn die nicht angeschnauzt werden, da haben sie keinen Respekt und machen, was sie wollen." „Bitte, Herr Schütze! Nach meiner Ansicht genügt es, wenn man es ihnen ein- und zweimal nachdrücklich sagt, hört einer dann nicht, so muß man ihn vor die Wahl stellen, entweder die Arbeit zu verlassen oder die Anordnungen zu befolgen." „Das zieht nicht, für so etwas haben die Arbeiter keinen Begriff. Die Leute haben mir selbst gesagt, daß Sie dumm sind. In meinen Augen sind Sie zwar nicht dumm, aber zu gut."

Ein anständiger Mensch, der mit den Arbeitern nicht im Sklavenhalterton redet und sie wie Heloten behandelt, ist also nach Ansicht der Ziegelgewaltigen als Meister nicht zu gebrauchen. Das sollte wahrlich geeignet sein, den Ziegeleiarbeitern die Augen zu öffnen.

Auch in den Zuckerfabriken ist die Arbeit anstrengend und die Ausbeutung, namentlich der jugendlichen Arbeitskraft, eine große. Der noch nicht Schulentlassene mußte während der ersten Kampagne gegen einen Lohn von 35 Kreuzer pro Schicht die Rübenschnitzel mit der Schaufel in die Presse stopfen. Die Jugendlichen kennen nicht die Gefahr, in der sie sich bei den sausenden Rädern und Treibriemen befinden. Der nötige Hinweis auf die Gefährlichkeit erfolgt in der Regel nicht oder nicht genügend. Holek hätte diese Unkenntnis um ein Haar das Leben gekostet. Er schreibt darüber:

„Bei Treibriemen und Rädern waren in der ganzen Fabrik keine Schutzvorrichtungen angebracht. So kam es, daß, während ich mich neben dem offenen Treibriemen auskleidete, meine Sackschürze von dem durch das drehende Rad erzeugten Luftzug hin und hergeworfen wurde, bis sie von ihm erfaßt und ich auf diese Weise durch die Luft fuhr und an der Mauer niederfiel."

Wäre ein Unglück passiert, so wären nicht die ungenügenden Schutzvorrichtungen, nicht die Unkenntnis, sondern die Unvorsichtigkeit des Jungen Schuld daran gewesen. Dabei wurde in dieser Fabrik in Tag- und Nachtschicht mit 18 stündiger Wechselschicht des Sonntags gearbeitet.

Im zweiten Herbst trat der junge Holek zunächst als Presser, dann als Hilfskraft des Maschinisten bei der Betriebsmaschine in Funktion. Später arbeitete er nochmals auf einer andern Fabrik, in der der Vater damals die Stelle eines Meisters bekleidete. Ueberall ergibt sich das gleiche Bild, geringer Lohn, lange Arbeitszeit und unwürdige Behandlung, daneben für die Arbeiterinnen Aufdringlichkeiten der Vorgesetzten. Die Arbeiterschaft dachte gar nicht daran, sich gegen diese Zustände energisch zu wehren, weshalb die Unternehmer glaubten, sich recht viel herausnehmen zu können.

Noch manches ließe sich über die Erlebnisse Holeks anführen, doch müssen wir dazu auf das Buch selbst verweisen. Auf eins sei als charakteristisch für dessen bisherigen Lebensgang noch besonders hingewiesen: Wenn er Arbeitsgelegenheit fand, die ihm eine bessere Existenz zu bieten schien, so waren die darauf gesetzten Hoffnungen stets trügerisch und die Beschäftigung erwies sich nur von kurzer Dauer. So ging es auch mit den besoldeten Aemtern in der Arbeiterbewegung — als Lagerhalter eines Konsumvereins und Redakteur eines Arbeiterblattes —, die er ebenfalls nur verhältnismäßig kurze Zeit bekleidete. Immer wieder tritt ein Umstand ein, der ihn in das Nichts zurückschleudert und die einzige treue Begleiterin auf dem ganzen Lebenswege ist — die Not. Die Sympathie mit der Arbeiterbewegung hat er bewahrt, wenn er auch anscheinend aktiv nicht mehr tätig ist.

W. St.

Händen des habgierigen Kapitals bestimmt sind, die kennt der Sänger gar nicht, oder wenn er sie kennt, gelten sie ihm nichts neben der von Gold umglänzten Gestalt des erfolgreichen Fabrikdirektors, dessen Wirken doch geradewegs zu immer kulturwidrigerer Versklavung der Arbeiter führt. Die „freie Persönlichkeit" des Gebietenden ist ihm alles, die „freie Persönlichkeit" des Arbeiters nichts. Und so läßt der gute Festspieldichter ganz richtig sein Schaustück ausgehen in einer untertänigen Huldigung der Arbeitermassen vor dem Bilde des allgewaltigen Ausbeuters, während im Hintergrunde auf wohlgetroffenem Bilde die Schlote der Arbeiterhölle und Gifthütte Leverkusen qualmen. Daß Herrentum siegt, die Volkskultur unterliegt. So endigt die poetische Verherrlichung der Wissenschaft und Technik, mit der das Stück begann, in dem Widerspruch der Verherrlichung des geistigen und körperlichen Elends der chemischen Arbeiter.

Wem solche Poesie nützt, das hat der jubilierende Direktor Duisberg auf seinem Feste selbst gesagt. Er hat dort eine Rede gehalten, in der er natürlich die „Wohlfahrtseinrichtungen" seiner Firma sehr nachdrücklich hervorhob und sagte: „Viel ist auf diesem Gebiete geschehen, manches bleibt noch zu tun übrig und ich bin mir bewußt, daß die Bahn, die wir auch in dieser Richtung eingeschlagen, und der Weg, den wir beschritten haben, nicht in die Irre führt, sondern unsrer Fabrik zum Segen gereichen wird." Ganz richtig! Die Wohlfahrtseinrichtungen sind wahre Quellen der Wohlfahrt — für die Firma. Und solche Poesien, wie das Elberfelder Festspiel, sind feiner Sand, der den Arbeitern und der Oeffentlichkeit in die Augen gestreut wird, so daß sie die einfachsten, mit den Händen zu greifenden Tatsachen nicht mehr erkennen sollen. Wir lassen uns jedoch nicht täuschen und benutzen die Verse dazu, um neues Agitationsmaterial unter die chemischen Arbeiter zu werfen. Dazu werden sie noch oft gute Dienste tun.

Die Zelluloidgefahr.

Zu den Zelluloidkatastrophen der letzten Jahre hat Oesterreich einen erheblichen Teil gestellt; wir erinnern uns noch mit Schaudern aus dem Vorjahre des Untergangs der 20 Proletarier im Seilerschen Betrieb zu Ottakring-Wien. Deshalb ist es nicht mehr wie billig, daß gerade auch die österreichischen Gewerbeinspektoren in ihrem letzten Bericht für 1908 sich der Zelluloidbetriebe besonders angenommen und sie schärfer als früher beobachtet und kontrolliert haben. Das Ergebnis ihrer Beobachtungen ist denn auch so wertvoll, daß es unsre deutschen Bestrebungen zur Beseitigung und Milderung der Zelluloidgefahr wesentlich unterstützt.

Das Gewerbe-Inspektorat Wien I fand z. B. in einer Kammfabrik die Zelluloidabfälle äußerst unvorsichtig in der Nähe des Ausganges verwahrt. Bei den mannigfachen industriellen Zusammenhängen und bei den sehr verschiedenartigen Materialien, die in der Industrie zur Verarbeitung gelangen, stößt man natürlich häufig auf Zelluloid in Betrieben, in denen man es gar nicht vermutet. So wird aus dem ersten Wiener Aufsichtsbezirk gemeldet, daß der inspizierende Beamte in einer Metallwarenfabrik unter den zahlreichen umherstehenden Kisten einige fand, in denen sich aus Zelluloid verfertigte Dosendeckel befanden. Auch war der Hof bis zur Höhe des ersten Stockwerks derart mit Kisten und Stroh angefüllt, daß nur ein ganz schmaler Verkehrsweg übrig blieb. Dabei wurde ein im Hofe beschäftigter Arbeiter trotz des Rauchverbots mit brennender Pfeife angetroffen. Sehr richtig ist die Bemerkung der Gewerbe-Inspektoren, daß die aus Sicherheitsrücksichten in Zelluloidbetrieben angeordneten Betriebseinrichtungen zuweilen Gefahren nach andrer Richtung entstehen lassen, indem ein Teil der Arbeiten an Heimarbeiter vergeben wird. Dadurch werden die Unfallsgefahren bedeutend vergrößert, da in den Wohnungen und damit in den Arbeitsstätten der Heimarbeiter keinerlei Vorkehrungen zum Schutze der Arbeiter getroffen werden können und die Standorte solcher Heimarbeitsbetriebe den Behörden selten bekannt sind. Diese Bemerkungen rollen die Frage des Heimarbeiterschutzes auf und lassen sehr begreiflich erscheinen die Anschauung vieler Gewerkschaften, daß das Verbot der Heimarbeit das einzige Mittel sei, um derartige Gefahren zu vermeiden, und daß zum mindesten das von der nordamerikanischen und australischen Gesetzgebung längst durchgeführte Prinzip des Registrierungszwanges der Heimarbeiter auch bei uns anerkannt werden müßte.

Aus Wiener-Neustadt wird gemeldet, daß eine Seifenfabrik in diesem Aufsichtsbezirk eine Petroleumkammer hatte, deren hölzerne Eingangstür in das Stiegenhaus ging. Diese Kammer wurde gleichzeitig für die Aufbewahrung von 20 Kilogramm Zelluloid benutzt! Dabei hat diese Fabrik noch weitere die Feuergefährlichkeit steigernde Momente. Eine Pfeifendrechslerei hatte 60 Kilogramm eingelackte Zelluloidspäne in einem hölzernen Schuppen im Hofe aufbewahrt. In beiden Fällen mußte die sofortige Beseitigung der erwähnten Uebelstände verlangt werden. Leider melden aber die Fabrikinspektoren nicht, ob, beziehentlich in welchem Zeitraum ihre behördlichen Anordnungen erfüllt werden.

Aus Krain wird gemeldet, daß gelegentlich der bei neun Handelsfirmen vorgenommenen Erhebungen über die Aufbewahrung von Zelluloidwaren festgestellt wurde, daß die Bereithaltung von trockenem Sand als erstes Mittel zur Unterdrückung eines entstehenden Brandes durchwegs unterblieben ist. In einem dieser Warenhäuser waren sämtliche, rund 20 bis 40 Kilogramm wiegende Zelluloidgegenstände auf einer Stellage unmittelbar über einem eisernen und geheizten Ofen gelagert!

Aus dem Bericht über den Krakauer Aufsichtsbezirk ersehen wir, daß eine Werkstätte, in der Zelluloid verarbeitet wurde, im Jahre 1908 gänzlich abbrannte, während in einer andern ein kleinerer Brand entstand. Sehr bemerkenswert sind die Mitteilungen der Aufsichtsbeamten für den Stanislauer Aufsichtsbezirk. Er erzählt da von einer ohne Bewilligung der Gewerbebehörde errichteten und in Betrieb gesetzten Anlage zur Fabrikation von Kämmen aus Zelluloid. Dieser Betrieb wurde in einem hölzernen Hause vorgefunden und entsprach nicht im geringsten den Anordnungen der [illegible] vom 15. August 1906. Der betreffende Arbeitsraum, in dem Zelluloid in ziemlich bedeutenden Mengen aufbewahrt und verarbeitet wurde und wo in der Regel fünfzehn Personen beschäftigt waren, war 12 Meter lang, 8 Meter breit, kaum 2,3 Meter hoch; er hatte eine hölzerne Decke und ebensolchen Fußboden, während sich zwei Schleif- und Poliermaschinen in einem nicht abseits gelegenen, ebenfalls höchst verfallenen hölzernen Nebengebäude befanden. Das Biegen oder Erwärmen der Zelluloidplatten erfolgte über einem primitiv ausgeführten Herde, schließlich wurde das Eintauchen der fertigen Kämme in konzentrierte Essigsäure in einer Weise vorgenommen, daß die dabei beschäftigten Arbeiter gezwungen waren, die sich entwickelnden scharfen Dämpfe einzuatmen. Die zuständige Gewerbebehörde verhängte eine Strafe von 200 Kronen und sperrte, was wohl mehr anzuerkennen ist, den Betrieb.

Noch wichtiger noch als alle diese Einzelfälle sind die Bemerkungen, welche die österreichische Zentralinspektion zu jener neuen österreichischen Schutzverordnung gegen Zelluloidgefahren macht, die wir in Deutschland noch nicht einmal haben und die wir daher [illegible] mangels Besseren als das Mindeste betrachten, was auch bei uns zu erreichen ist. Der „Proletarier" hat seinerzeit den Wortlaut dieser Verordnung gebracht. Nun erfahren wir aus dem neuen Jahresbericht der österreichischen Gewerbeinspektion, daß die [illegible] und den Zweck der Verordnung [illegible] [illegible] hat, es handle sich um eine noch sehr unvollkommene Maßregel. Der Zentral-Gewerbeinspektor hofft nämlich, „daß durch die auf Grund der Ministerialverordnung vom 15. Juli 1906 zu treffenden Maßnahmen Brandkatastrophen, wie sie in den letzten Jahren wiederholt in Zelluloidbetrieben und Lagern auftraten, wirksam vorgebeugt werden wird, oder doch wenigstens ihre Gefahren für Leben und Gesundheit von Personen hintangehalten würden." Schon aus dieser recht vorsichtigen Aeußerung des amtlichen Berichts muß man erkennen, daß die Verordnung sicherlich nur das Minimum dessen enthält, was im Interesse des Lebens der Arbeiter in der Zelluloidindustrie verlangt werden kann. Es sieht fast so aus, als ob die Gewerbeinspektion diese Verordnung für so wenig ausreichend ansieht, daß sie am liebsten vor der Oeffentlichkeit die Verantwortung ablehnen möchte. Sie scheint zu glauben, daß durch sie auch bei genauer Durchführung eine Sicherheit der Arbeiter nicht erzielt werden dürfte. Es wird nämlich in der Besprechung der Verordnung darauf hingewiesen, daß die Behörden die Anlagen, in denen Zelluloid oder Zelluloidabfälle verarbeitet oder aufbewahrt werden, periodisch zu revidieren und Abstellung der etwa wahrgenommenen, die öffentliche Sicherheit oder jene der Arbeiter und der Nachbarschaft gefährdenden Uebelstände anzuordnen haben. Es wird aber gleich angefügt, daß in Wien diese Praxis schon lange besteht; es fehlt nur die ausdrückliche Bemerkung, daß trotz dieser Praxis die Katastrophe in Ottakring eintreten konnte. Der Zentral-Gewerbe-Inspektor weist auch darauf hin, daß häufig eben bei früheren Revisionen zum Zwecke der Verhinderung von Brandkatastrophen und zur sicheren Rettung der Arbeiter erlassenen Verfügungen der Behörde gar nicht oder nur in unzulänglicher Weise entsprochen wurde. So lange man den Inspektoren nicht eine weitgehende Exekutivgewalt einräumt und so lange man sie nicht zu energischem und rücksichtslosem Vorgehen anreizt, wenn es sich um Leben und Gesundheit der Arbeiter handelt, so lange werden, wie die Inspektoren selber andeuten, die schönsten Anordnungen keine Garantie für die Sicherung des Lebens der Arbeiter, im speziellen Falle bei Bränden in Zelluloidfabriken bieten. Wer weiß, welche großen Anforderungen an Betriebe zu richten sind, in denen Zelluloid verarbeitet und die Sicherheit der Arbeiter doch garantiert wird, der muß sich sagen, daß die von den Fabrikinspektoren als ganz außerordentlich groß bezeichneten Strafen von 500 Kronen ganz außer Verhältnis stehen zu den Veranlassungen dieser Strafen. Wenn da mitgeteilt wird, daß 10000 Kilogramm Zelluloid eingelagert wurden, wo nur 1500 zugelassen wurden, und daß dann eine Strafe von 500 Kronen verhängt wird, so macht das auf die Unternehmer keinen Eindruck; damit wird noch lange nicht die Achtung des Lebens der Arbeiter durchgesetzt.

Da wir in Deutschland aber noch nicht einmal diese besonderen Vorschriften haben, ist die Tätigkeit und Aufmerksamkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Zelluloidgefahr zehnfach notwendig. Notwendig zur Aufdeckung der Uebelstände und notwendig zur Erzwingung gesetzlicher Schutzvorschriften, bei denen bereits die österreichischen Erfahrungen mit den Mängeln der dortigen Schutzverordnung verwertet werden. Mögen die Kollegen in allen beteiligten Fabrikbranchen unserm Fabrikarbeiterverband dazu hilfreich und tätig zur Seite stehen!

Die besonderen Unfallgefahren der chemischen Arbeiter.

Während die chemischen Arbeiter eine große Anzahl Unfallgefahren, wie Verletzungen durch Motoren, Maschinen, Hebewerke, Fall, Sturz und ähnliches, mit andern Fabrikarbeitern gemeinsam haben, werden sie außerdem durch eine Reihe von Betriebseinwirkungen bedroht, die nur in der chemischen Industrie sich geltend machen. Das sind die chemischen Betriebsgefahren im engsten Sinne, einerseits die Verletzungen durch ätzende Stoffe, Laugen und Säuren, anderseits durch giftige Stoffe und Gase. Wir haben uns nun einmal die Mühe genommen, die aus diesen ganz speziell chemischen Unfallursachen sich ergebenden Verletzungen nach den, wahrscheinlich freilich noch immer höchst unvollständigen, Jahresberichten der Aufsichtsbeamten der chemischen Berufsgenossenschaft aus den letzten beiden Jahren 1907 und 1908 zusammenzustellen. Danach wurden angemeldet:

bei der Sektion	Verletzungen durch ätzende Stoffe 1907	Verletzungen durch ätzende Stoffe 1908	durch giftige Stoffe und Gase 1907	durch giftige Stoffe und Gase 1908
1. Berlin	144	113	20	47
2. Breslau	55	38	—	3
3. Hamburg	59	57	6	10
4. Köln	175	156	14	19
5. Leipzig	172	180	21	34
6. Mannheim	162	161	16	16
7. Frankfurt a. M.	226	225	60	37
8. Nürnberg	46	47	3	1
Insgesamt:	1039	977	140	167

Das macht in den beiden letzten Jahren für jedes Jahr weit über tausend Unfallverletzungen aus den speziellen Gefahrenursachen, die der chemischen Industrie eigen sind. 1907 führten 18 und 1908 schon 21 dieser Verletzungen zum Tod der Betroffenen. Alles natürlich nach den Angaben der Aufsichtsbeamten der Unternehmer-Berufsgenossenschaft. Aber die von den Unternehmern an die Unternehmer-Organisation gemachten Angaben sind offenbar in sehr hohem Grade unvollständig [illegible] deshalb haben wir besonders diese Spezialaufstellung versucht. Gewiß bieten die Ziffern zweier Jahre noch keine hinreichende Unterlage zur abschließenden Kritik. Aber es schreit doch geradezu nach einer Erklärung, weshalb denn die Verletzungen durch ätzende Stoffe in allen Sektionen von 1907 auf 1908 abnahmen, während sie allein im Leipziger Bezirk stiegen. Und umgekehrt ist es schwer einzusehen, wieso die Verletzungen durch giftige Stoffe in ganz Norddeutschland eine so erhebliche Steigerung von 1907 auf 1908 erfuhren, während allein die drei süddeutschen Bezirke der chemischen Industrie eine Abnahme zeigten, darunter der Frankfurter Bezirk eine Herabsetzung fast auf die Hälfte. Daß weder die staatliche, noch die Unternehmeraufsicht so erheblich auf die Betriebssicherheit einwirken, wissen wir nur zu genau. Eher kann noch die Kontrolle der erstarkenden gewerkschaftlichen Organisation und die Veröffentlichung von Mißständen durch sie geholfen haben. Aber auch dann ist noch nicht erklärt, warum sie gerade nur in Süddeutschland gewirkt haben soll. Technische Veränderungen und Produktionsverschiebungen können natürlich mitgewirkt haben. Jedenfalls findet sich über keinen dieser Gründe auch nur ein Anlauf zur Erklärung im Bericht der berufsgenossenschaftlichen Aufsichtsbeamten, denen unsre Zahlen entstammen.

Damit ist wohl zunächst einmal festgestellt, daß die Unfallstatistik der chemischen Unternehmer-Berufsgenossenschaft auf sehr unzuverlässigen Angaben beruht. Das weitere wird durch fortgesetzte Beobachtung und Kontrolle seitens unsrer Organisation zu erforschen sein.

Arbeiter-Risiko in der chemischen Industrie.

In der Chemischen Fabrik Teer- und Erdölindustrie in Niederau (Rütgers Werke), ereignete sich vor einiger Zeit ein bedauerlicher Unfall. In der Abteilung zur Herstellung von Ammoniaksalz wird auch Kohlensäure und Gaswasser verwendet. Nun kommt es vor, daß die Abzüge an den Behältern nicht dicht sind, dann entströmen die schädlichen Gase durch die undichten Stellen und verpesten den Arbeitsraum. Früher waren die Abzüge der zwei Apparate in ein Rohr geleitet. Nach Aufstellen eines dritten Apparates ordnete im vorigen Jahre Herr Dr. Billmann an, daß jedes Dunstrohr für sich abgeleitet werde, damit die Luft im Arbeitsraum nicht so verpestet wird. Nachdem Herr Dr. Billmann diesem Betrieb den Rücken gekehrt hat, ist diese anerkennenswerte Einrichtung (wie vermutet wird, jedenfalls auf Betreiben des Herrn Werkmeisters Platt) wieder abgeändert worden und zwar zum Nachteil der Arbeiter, indem man die Dunstrohre aller drei Apparate wieder in ein Abzugsrohr geleitet hat. Vor einigen Wochen waren nun zwei Arbeiter damit beschäftigt, ein defektes Dunstrohr auf Anordnung des Herrn Platt abzuschrauben, wogegen ein Apparat im Gange war. Wie vorauszusehen war, entströmten, nachdem das Rohr gelöst war, der Leitung soviel Gase, daß ein Arbeiter bewußtlos zusammenbrach. Bei dem Sturze schlug er mit dem Kopfe gegen eine Säule und mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. 14 Tage war er erwerbsunfähig. Die Schuld an diesem Unfall trägt jedenfalls derjenige, welcher so leichtfertig Anordnungen trifft, bei deren Ausführung die Gesundheit der Arbeiter aufs schwerste geschädigt wird. Es wäre zu wünschen, daß eine bessere Kontrolle dieses Betriebes von der Gewerbeinspektion ausgeführt würde. Allerdings darf sich der Herr Gewerbeinspektor nicht zuvor anmelden und mit den Betriebsbeamten die Kontrolle vornehmen, sondern er muß sich an die Arbeiter wenden, da wird er Mißstände genug erfahren.

Noch ein Reichsverbändler als Betrüger chemischer Arbeiter.

Der Reichsverbandsagitator und Arbeiterbetrüger Dr. Zimmer aus Darmstadt hat wieder einen Nachahmer gefunden. In der Chemischen Fabrik „List" in Seelze bei Hannover hat der Meister Giesenow die Arbeiter dadurch fortgesetzt um einen Teil ihres sauer verdienten Lohnes betrogen, daß er bei der Lohnzahlung die Tüten mit dem Wochenlohn von der Kasse in Empfang nahm, einen Teil des Geldes herausnahm und den Rest ohne Tüte den Arbeitern zurückgab. Allerdings nahm G. nicht den regulären Lohn, sondern die von der Fabrik für bestimmte, besonders schmutzige oder gefährliche Arbeiten bestimmten Zuschläge. Trotzdem wäre der Betrug sehr bald entdeckt worden, wenn nicht in der [illegible] dieses Meisters meist Polen, die weder lesen noch schreiben können, beschäftigt würden.

Wie hoch die Summe ist, um welche die Arbeiter betrogen worden, läßt sich noch nicht feststellen; nach einer Revision, die der Besitzer Herr Dr. de Haën vornahm, waren es in einer Woche 30 Mark. Von den Arbeitern werden teils erhebliche Summen genannt, so ist ein Arbeiter um ca. 90 Mk. von dem saubern Patron bemogelt. Anerkannt muß werden, daß die Besitzer der Fabrik jeden nachgewiesenen Schaden ersetzen, wodurch der an den Arbeitern verübte Betrug zwar gemildert, aber keineswegs in seinen Folgen ganz aufgehoben wird; denn es ist heute weder die Zahl der Geschädigten, noch die Höhe der unterschlagenen Beträge festzustellen. Der Betrüger selbst wurde drei Tage, nachdem das Hannoversche Parteiblatt den Sachverhalt veröffentlicht hatte, in der Nacht in dem Augenblicke, als er flüchten wollte, auf dem Bahnhof Seelze verhaftet und gefesselt zunächst zum Spritzenhause, wo er über Nacht bleiben mußte, und von dort nach dem Gerichtsgefängnis in Hannover überführt. Giesenow hatte augenscheinlich schon längst seine Flucht vorbereitet, wozu ihm angeblich von interessierter Seite Geldmittel zur Verfügung gestellt sind. Ueber Tag hielt er sich verborgen und war nie in seiner Wohnung anzutreffen, weshalb der Bahnhof überwacht wurde, da man sehr richtig damit rechnete, daß Giesenow über Nacht verschwinden werde. Bemerkt sei noch, daß G. behauptet, in seine Tasche sei das Wenigste geflossen, er sei nur angestiftet.

Von den Arbeitern wird behauptet, daß von einer Seite versucht wird, die ganze Sache zu vertuschen, damit es nicht zu einem öffentlichen Skandal kommt. Auf einzelne Arbeiter soll mehrfach eingewirkt sein, nichts Belastendes gegen Giesenow auszusagen.

Dieses Vertuschungssystem wird erklärlich, wenn man berücksichtigt, daß

der betrügerische Meister Schriftführer des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie

in Seelze ist. Und die Andeutungen des G. haben die Meinung erweckt, daß dieser Sturz vermutlich noch die eine oder andre Reichsverbandssäule in Seelze mit sich reißen dürfte, die recht bös in die Giesenowaffäre und andre Unregelmäßigkeiten, denen man, wie gesagt, dabei auf die Spur gekommen ist, verwickelt sind. Das Nähere dürfte die gerichtliche Untersuchung ergeben.

Schon jetzt darf aber gesagt werden, daß die Reichsverbandsfiliale in Seelze, die vor einigen Jahren von einem Betriebsleiter der Chemischen Fabrik zu dem ausgesprochenen Zwecke gegründet wurde, um unsern Verband, der in Seelze, und speziell in der Chemischen Fabrik, einen guten Stamm tüchtiger Mitglieder zählt, zu bekämpfen, auf ihre Tätigkeit nur mit Beschämung zurückblicken kann. Vielleicht lernen nunmehr auch die Besitzer der Fabrik den Reichsverband nach seinem wahren Werte würdigen; der Ort könnte nur gewinnen, wenn Organisationen, wie der Reichsverband, verschwinden würden.

Internationale Gewinnversicherung.

Die Stettiner Fabrik chemischer Produkte „Union" kann ihre diesjährige Dividende durch das sehr günstige Ergebnis der Beteiligung der Gesellschaft an der amerikanischen Düngergesellschaft Pacific Phosphate Company aufbessern. Zur Verrechnung kommt im jetzt ablaufenden Geschäftsjahr eine Dividende der Pacific Phosphate Company in Höhe von nicht weniger als 250 Prozent. Davon werden freilich nur 50 Prozent in bar ausgezahlt, 200 Prozent in neuen Aktien, die für Neuanlagen und Beteiligungen an ähnlichen Unternehmungen Verwendung finden sollen. Für die Dividendenzahlung der „Union" kommen in erster Linie die bar zur Auszahlung gelangten 50 Prozent der Pacific-Dividende in Betracht, die bei der 10000 Pfund Sterling betragenden Beteiligung der „Union" für diese einen Ertrag von ca. 102000 Mk. bedeutet. Weiterhin besitzt die „Union" 10000 Pfund Sterling Vorzugsaktien der Pacific, die einen Anspruch auf 7 Prozent Vorzugsdividende haben. Aus diesem Besitz fließen der „Union" weitere 14280 Mk. zu, so daß der gesamte Barbetrag ihrer Beteiligung an der amerikanischen Düngergesellschaft also 116280 Mk. erreicht. So sichern sich die Kapitalisten durch möglichst klug verteilte Beteiligung an internationalen Ausbeutungsgeschäften gegen vorübergehende Fehlschläge im eigenen Geschäft. Zugleich sichert der amerikanische Aktienbesitz der deutschen Fabrik dieser gewisse amerikanische Bestellungen.

× **Königsberg.** Chemische Fabrik Damkrug, vormals H. Scheidemantel. Unter dieser Firma besteht hier eine Filialfabrik dieses großen Unternehmens, die unter dem Namen „Aktiengesellschaft für chemische Produkte, vorm. H. Scheidemantel", sieben Fabriken in Deutschland käuflich erworben und sich so zu einem Leimtrust organisiert hat. Hier in der Königsberger Fabrik werden ca. 70 Arbeiter, darunter 22 Arbeiterinnen, beschäftigt. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, der Stundenlohn 31 Pf. Was nun die hygienischen Einrichtungen anbetrifft, so ist es damit sehr schlecht bestellt; nicht einmal dem § 120 der Gewerbeordnung wird Genüge getan. So sind die Umkleide- und Speiseräume sehr klein. Für Frauen und Mädchen besteht überhaupt kein Speise- oder Umkleideraum, vielmehr müssen dieselben sich auf dem Leimboden umkleiden und ihr Essen in den Arbeitsräumen einnehmen. Wascheinrichtungen existieren gar nicht, und bedienen sich die Arbeiter eines Kübels im Spülraum, wo das Wasser, womit die schmutzigen Knochen gereinigt werden, hineinläuft. In der Mühle wird über sehr starken Staub geklagt und befindet sich hier weder irgendwelche Ventilation, noch eine Luftluke. Es ist dann auch kein Wunder, daß die Arbeiter vielfach über Brustschmerzen klagen und diejenigen, die längere Zeit darin arbeiten, blaß und bleich aussehen. Aus welchen Gründen die Firma den Arbeitern die ihnen durch Gesetz bestimmten Einrichtungen nicht schafft, ist unerklärlich, wenn man hört, daß dies große Unternehmen einen Reingewinn von 1231000 Mark für das Jahr 1908 erzielt hat. Also aus Sparsamkeitsgründen braucht dies nicht zu geschehen. Ein Gewinn von rund 1¼ Millionen Mark gestattet es ohne weiteres, daß man die Einrichtungen trifft, die gesetzlich vorgeschrieben sind, um Gesundheit und Leben der Arbeiter zu schützen. Es bestätigt sich aber hier wie überall die alte Erfahrung: so lange die Arbeiter nicht selber Hand anlegen und durch Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation den festen Willen bekunden, ihre Arbeitsbedingungen zu bessern, so lange rühren die Unternehmer keine Hand zum Schutze der Arbeiter. Also zieht die Konsequenz, Kolleginnen und Kollegen, schließt euch dem Fabrikarbeiterverbande an, damit eure Arbeitskraft besser bezahlt, eure Gesundheit mehr geschützt wird.